

ZIVILCOURAGE

MENSCHENRECHTE IN DEUTSCHLAND UND BELARUS

„Was ist Zivilcourage?“

Diese Frage stellten wir uns gleich am ersten Tag unseres Seminars. Wir, das sind 15 junge Menschen aus Deutschland und Belarus, die 2005 und 2006 am Projekt „Zivilcourage für Menschenrechte in Deutschland und Belarus“ teilnahmen. Eine schwierige Frage, die jeder Teilnehmer versuchte, in einem Beitrag für diese Publikation zu beantworten: Dafür recherchierten wir in der Heimatstadt, im Familienarchiv, bei Freunden, im alternativen Theater. Wir entdeckten dabei spannende Geschichten und beeindruckende Persönlichkeiten – Ärzte, die illegalen Flüchtlingen in Deutschland helfen. Einen Pfarrer, der sich den Nazis in der bayerische Provinz widersetzte. Eine junge belarussische Theatermacherin, die mutige Kunst gegen die gesellschaftlichen Konventionen ihres Landes macht. Bald stellten wir aber auch fest, dass sich die Situationen, in denen Menschen in unseren Ländern zivilcouragiert handeln, oft unterscheiden. Junge Belarussen treffen in allen Lebensbereichen auf einen übermächtigen Staat, vor allem, wenn sie sich gesellschaftlich engagieren: wenn sie eine Studentenzeitung machen wollen, der Toten der Stalin’schen Repressionen gedenken oder gegen Wahlfälschungen auf die Straße gehen. Auch die Internet-Umfrage am Ende des Heftes zeigt: Für junge Belarussen

ist „Zivilcourage“ in erster Linie eine mutige Handlung gegen den Staat. Viele der belarussischen Teilnehmer interessierten sich für Beispiele von Zivilcourage in der Geschichte ihres Landes: Der deutsche Handwerker, der einer belarussischen KZ-Gefangenen heimlich Brot bringt. Belarussische Bäuerinnen, die sich den Traktoren der sowjetischen Kollektivierung entgegen stellten. Oder adlige Damen im 19. Jahrhundert, die dem zaristischen Autoritarismus durch Trauerkleidung für die aufständischen Belarussen trotzten.

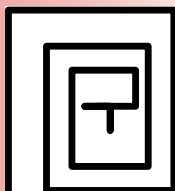
Es kann und darf wohl keine „absolute“ Definition für Zivilcourage geben. Wir haben uns abstrakt und praktisch über den Begriff unterhalten und waren uns oft einig. Aber die Assoziationen sind und bleiben individuell. Das zeigen auch unsere persönlichen Definitionen zu Anfang des deutschen und des belarussischen Teiles der Publikation.

Was uns verbindet, sind gemeinsame Vorstellungen von Menschenrechten, der ethischen Grundlage menschlichen Zusammenlebens. Diese Rechte gelten für uns alle. Und wir alle müssen uns überwinden, um sie auch umzusetzen. Immer dann, wenn es leichter wäre, wegzuschauen und weiterzugehen.

HERAUSGEBER:



BSV



Education
Center „POST“

GEFÖRDERT DURCH:



FONDS
ERINNERUNG UND ZUKUNFT
der Stiftung
Erinnerung, Verantwortung und Zukunft

ZIVILCOURAGE HEISST FÜR MICH, DORT HINZUSEHEN, WO ANDERE WEGGUCKEN UND GGF. GEGEN DIE AUSGEMACHTEN MISSSTÄNDE EINZUSCHREITEN, AUCH WENN DIES BEDEUTET NICHT IMMER „DEN LEICHTESTEN WEG ZU GEHEN“.

JÖRN POHL, KIEL

ZIVILCOURAGE IST ETHISCH-MORALISCHES HANDELN MIT HERZ UND VERSTAND ZUGLEICH, VIELLEICHT AUCH MAL KÖRPERLICH UND DAS UM DES MORALISCHEN UND DES (ANDEREN) MENSCHEN SELBER WILLEN. NICHT MEHR ... ABER EBEN AUCH NICHT WENIGER!

GUNTER DEUBER, BAYREUTH

ZIVILCOURAGE IST FÜR MICH VERBUNDEN MIT DEM GEDANKEN AN EINEN MUTIGEN UND SELBSTBEWUSSTEN MENSCHEN, DER AUCH IM ALLTAG FÜR SEINE HUMANISTISCHEN ÜBERZEUGUNGEN UND WERTE EINSTEHT.

STEFANIE BECKMANN, BERLIN

ZIVILCOURAGE BEDEUTET FÜR MICH, MICH IN AKUTEN SITUATIONEN GEWALTFREI FÜR MENSCHEN UND IHRE RECHTE EINZUSETZEN UND MICH (DAMIT) ZUGLEICH WACH FÜR SOLCHE SITUATIONEN UND MEIN EIGENES, NOTWENDIGES DENKEN UND HANDELN ZU HALTEN.

VIOLA ENGELS, HAMBURG

FÜR MICH BEDEUTET **ZIVILCOURAGE**, GEGEN WIDERSTÄNDE AUFZUSTEHEN UND SICH MISSSTÄNDEN, DIE DEN EIGENEN MORALVORSTELLUNGEN WIDERSPRECHEN ZU WIDERSETZEN. ZIVILCOURAGE IST NIEMALS EINE KOLLEKTIVE ENTSCHEIDUNG, SONDERN IMMER DIE GEWISSENSENTSCHEIDUNG EINES EINZELNEN.

KLAAS KOHLHOFF, LEIPZIG

„Wer einen rettet, der rettet die ganze Welt“

(Stefanie Beckmann, Berlin) Das Berliner Dokumentationstheater „OST-Arbeiter“ zeigt seit drei Jahren die Geschichte der vom Naziregime verschleppten Menschen aus Osteuropa. Marina Schubarth bekam die Idee für das Theater aus einer persönlichen Erfahrung: Sie half jahrelang ehemaligen ZwangsarbeiterInnen aus der Ukraine.

Samstagabend. Ein ehemaliger Bunker im Berliner Wedding. Dämmerlicht. Ein Chor singt herzergreifende Lieder, die von Heimweh und Wehmut ob der verlassenen Heimat zeugen. Die Stimmung ist bedrückt im Berliner Dokumentationstheater „OST-Arbeiter“. Die jungen Vokalistinnen des Chores erzählen die Lebensgeschichten von ehemaligen Zwangsverschleppten. Ergriffen lauschen die Zuschauer. Ich ziehe mit den anderen Zuschauern von Raum zu Raum durch den ehemaligen Bunker und werde dabei immer tiefer in den Bann der Geschichte gezogen.

EIN VERGESSENES THEMA

Das Theater faszinierte mich sofort: Vom allerersten Hinweis auf das Berliner Projekt „OST-Arbeiter“ über die erste Begegnung mit den Menschen, die ihm Leben verleihen, bis hin zu dem intensiven Gespräch mit seiner Initiatorin: Der 40-jährigen ausgebildeten Balletttänzerin Marina Schubarth. Die einzigartige Ausstrahlung dieses Theaters und der damit verbundenen Geschichte voller Engagement, Mut und Zivilcourage ließ mich nicht mehr los. Vor meinen Augen öffnete sich ein der deutschen Öffentlichkeit weitgehend verborgenes Geschichtskapitel: Die von Nazideutschland verschleppten „OST-ArbeiterInnen“, einfache Menschen, darunter viele Kinder, die deportiert und in Deutschland zu Zwangsarbeit gezwungen wurden. Die grausamen Auswirkungen dieser Politik sind bis heute für die Betroffenen spürbar.

1998 wurde zum Schicksalsjahr von Marina Schubarth, der jungen deutsch-ukrainischen Tänzerin und Künstlerin. Als sie für Dreharbeiten in die Ukraine fuhr, lernte sie über eine Frau vom Kiewer Opernbund zufällig eine alte Ukrainerin kennen.

ERZÄHLTES LEID

Wie sich herausstellte, war die alte Frau als sogenannte „OST-Arbeiterin“ im Konzentrationslager Ravensbrück gewesen. Sie hatte davon gehört, dass die jahrelangen Verhandlungen über die Entschädigung der ehemaligen ZwangsarbeiterInnen erfolgreich abgeschlossen würden. Deshalb bat die Ukrainerin Marina um Hilfe, die perfekt Deutsch und Ukrainisch spricht. Marina kämpfte zu dieser Zeit um ihr eigenes finanzielles Überleben – dennoch entschied sie sich, zu handeln. Sie versprach der Frau, bei der Suche nach den Dokumenten zu helfen, die für den Entschädigungsbescheid erforderlich waren. „Der Beginn einer Lawine“, wie Marina heute sagt: Tausende Briefe mit Schilderungen unfassbaren Leids erreichten sie in der Folgezeit aus Simferopol, Jalta und anderen ukrainischen Städten. Die Opfer hatten einander von der hilfsbereiten Landsmännin erzählt.

Marina verschloss die Augen nicht vor den Bitten und setzte ihr Engagement Jahr um Jahr fort. Denn sie hatte die Tränen und die finanzielle Not der alten und gebrechlichen Menschen gesehen. „Ich liebe meine Arbeit“, erzählt Marina. „Durch sie habe ich sehr viele Menschen erreicht und ihnen

auch helfen können.“ Es wäre sicherlich leichter gewesen, die Bitte verständnisvoll, aber bestimmt abzuschlagen und sich mit Zeitmangel zu entschuldigen. Marina hat dies nicht getan.

ZEIT ZU HANDELN

Marina, obwohl aus einer Partisanenfamilie stammend, hatte sich bis dahin nie mit der Problematik der Zwangsarbeiter beschäftigt. Dennoch konnte sie sich nicht von dem harten Schicksal dieser Menschen und ihrer überaus schlechten Lebenssituation in der heutigen Ukraine abwenden. Mit der Erlaubnis des Kiewer Opferverbundes nahm sie Kontakt zu Firmen in Deutschland und Österreich auf und versuchte, diese zu Auskünften über ihre ehemaligen Zwangsarbeiter zu bewegen. Trotz der vielen verschlossenen Türen ließ sich die couragierte Frau nicht aufhalten. Es gab ja die Briefe. Und hinter den Briefen standen Menschen, die Marina vertrauten und hofften, Hilfe zu bekommen.

Während Marina sich bemühte, verabschiedete der Bundestag 1999 das Gesetz über die Entschädigung der ehemaligen Zwangsarbeiter. Dennoch wurde in der Presse selten von den OST-Arbeitern gesprochen. In der Regel ging es nur um die Zwangsarbeiter aus Griechenland, Polen, Frankreich und anderen nicht-sowjetischen Ländern. Dabei war das Leid der OST-ArbeiterInnen besonders groß. Denn wer aus der UdSSR stammte, hatte in der Nazi-Hierarchie einen noch niedrigeren Status als ZwangsarbeiterInnen anderer Nationen. Oft verschleppten die

Deutschen Jugendliche, die dann in Deutschland und Österreich unter unmenschlichen Bedingungen arbeiten mussten. Davon war in der Debatte über Zwangsarbeiter fast nie die Rede. Marina aber kannte die Biografien der Betroffenen. Der Gedanke, durch ihre Hilfe ein wenig das schwere Leben der alten Menschen zu erleichtern, trieb sie an.

DIE ACHILLESFERSE EINES GIGANTEN

Im Jahr 2000 wurde die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ gegründet, die die von der Industrie gesammelten Gelder an die notleidenden ehemaligen ZwangsarbeiterInnen verteilen sollte. Im Ergebnis kamen aber nur 2,5 Milliarden der vereinbarten Summe von 10 Milliarden Euro Entschädigungssumme zusammen. Von vornherein war klar, dass das Geld nicht für alle reichen würde. Und: Es musste schnell verteilt werden. Umso enttäuschter waren die ehemaligen ZwangsarbeiterInnen, wenn Nachweisdokumente nicht gefunden wurden und ihr Antrag abgelehnt wurde. In vielen Fällen erreichten Marina dann wieder zahllose Briefe, in denen Betroffene sie um Hilfe baten. Oft stellte sich dann heraus, dass die Stiftung aus verschiedenen Gründen an den falschen Stellen gesucht hatte. Marina bemerkte, dass einige Anträge an sprachlichen Schwierigkeiten gescheitert waren. Die kyrillischen Buchstaben ließen sich verschieden transkribieren, und so fand sie mitunter einen Namen in einer Kartei, obwohl von der Stiftung bereits der Negativbescheid vorlag. In Zeitungsartikeln wies sie mehrmals auf die Problematik der Namensschreibung und der im Laufe der Vergangenheit ausgewechselten Straßen- und Ortsbezeichnungen hin. Auf ukrainischer Seite verstand man ihre Einwände, und die Ukrainische Nationalstif-

tung unterstützte ihr Engagement, wo immer sie konnte.

„WER EINEN RETTET, DER RETTET DIE GANZE WELT“

Ich fragte Marina, ob es Tiefpunkte in den letzten intensiven Jahre gegeben habe. Sie erzählte von mehreren solcher Punkte, hebt aber besonders das Jahr 2004 hervor: „Damals sehnte ich mich nach einer Auszeit. Meine Seele war durch das so oft erzählte schwere Leid der Menschen angegriffen.“ Zufällig sah sie damals den Film „Schindlers Liste“, in dem in einer der letzten Sequenzen der Satz fällt: „Wer einen rettet, der rettet die ganze Welt.“ Sie merkte wieder, wie nah ihr die aus persönlicher Erfahrung bekannten Menschen geworden waren, und dass sie jetzt nicht aufhören konnte, zu helfen. Der Gedanke, dass sie doch etwas bewirken könne, trieb Marina weiter an. Sie hat es sich also „schwer gemacht“ und hat weiter gehandelt, trotz seelischer Müdigkeit. Ein wichtiger Aspekt von Zivilcourage. Denn hinzuschauen und zu helfen war schwerer für Marina als aufzugeben und einfach weiterzuleben. Dafür hat Marina einiges bewirkt: Sie hat den Menschen nicht nur Geld gebracht, sondern auch die Botschaft aus Deutschland, dass man dort an sie denkt und sie nicht vergessen hat. Diese Aufmerksamkeit war oft genauso wichtig wie die finanzielle Unterstützung.

DAS LANGE ECHO

Im Jahr 2005 stellte die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ ihre Arbeit im Kernbereich der Entschädigungszahlungen ein. Seitdem gibt es zwar immer noch zahlreiche tragische Einzelfälle, aber kein Geld mehr, um diesen gerecht zu werden. Dennoch sagt Marina: „Die Stiftung hat eine wunderbare Arbeit geleistet. Ohne sie wäre die Lage

der ehemaligen Zwangsarbeiter in Osteuropa noch trostloser. Aber die Verantwortung für die Vergangenheit kann nicht einfach so abgegolten werden. Sie bleibt.“ Die Folgen des massenhaften Leids während der Nazi Herrschaft werden noch auf Jahrzehnte spürbar sein, auch wenn dann keine der OST-ArbeiterInnen mehr am Leben sein wird. Deren Kinder leiden teils immer noch unter den Erfahrungen ihrer Eltern, posttraumatische Störungen sind keine Seltenheit. Deshalb schuf Marina zusammen mit anderen Künstlern vor drei Jahren das Dokumentartheater „OST-Arbeiter“. 60 junge Menschen aus über 20 Nationen spielen regelmäßig in dem Bunker im Berliner Bezirk Wedding und gehen auch auf Tourneen. Die Resonanz ist groß. Mit diesem Projekt könnten die Geschichten der OST-ArbeiterInnen einer breiten Öffentlichkeit zugänglich werden – aber es fehlt wie so oft am Geld. Marina und ihrer Partnerin Nata-scha bilden die 60 Mitglieder des Theaterensembles ehrenamtlich in Schauspiel und Gesang aus. Sie wollen später auch Schulklassen und interessierten Einzelpersonen das Leben der OST-ArbeiterInnen näher bringen. 2002 verlieh die Internationale Liga für Menschenrechte Marina Schubarth für ihr beispielloses Engagement die Carl-von-Ossietzky-Medaille.

Die öffentliche Meinung in Deutschland tendiert immer mehr dazu, einen „Schlusstrich“ unter die Nazi-Zeit zu ziehen. Nach wie vor leben jedoch Menschen, die unter deutscher Nazi-Herrschaft gelitten haben und auf Hilfe angewiesen sind. Deshalb möchte ich an dieser Stelle zu Spenden für die OST-ArbeiterInnen auffordern.

Berliner Volksbank BLZ 100 900 00 Konto 306 55 99 006 Kennwort „Soforthilfe“.

Informationen über Auftritte, Programm und Hintergründe: www.ost-arbeiter.de

Leben in der Schattenwelt

(Viola Engels, Hamburg) In Deutschland leben mehrere Hunderttausend Ausländer illegal - aus Angst vor Abschiebung. Es gibt viele Möglichkeiten, ihnen zu helfen: Ein Beispiel für Zivilcourage im deutschen Alltag.

Anfang der Neunziger-Jahre flieht die Kurdin Ayscha mit ihrer Familie aus der Türkei nach Deutschland. Sie ist von türkischen Behörden gefoltert worden und beantragt deshalb in Deutschland politisches Asyl. Ihre Erlebnisse haben sie so stark traumatisiert, dass sie im Asylverfahren nicht in der Lage ist, alle Einzelheiten ihrer Geschichte zu erzählen. Die Ausländerbehörde lehnt ihren Asylantrag daraufhin als „offensichtlich unbegründet“ ab. Ihr droht eine Abschiebung zurück in die Türkei. Ayscha bekommt panische Angst, denn sie weiß, dass in der Türkei Folter und Tod auf sie warten. Also entschließt sie sich zu einem verzeifelten Schritt: Sie taucht in Deutschland unter. Mit ihrem Mann und ihren beiden kleinen Kindern versteckt sich Ayscha heimlich bei Verwandten.

MASSENPHÄNOMEN ILLEGALITÄT

So wie Ayscha geht es vielen Ausländern in Deutschland. Über ihre Anzahl gibt es lediglich grobe Schätzungen: Zwischen 500.000 und 1,5 Mio. Menschen leben in Deutschland ohne Papiere und gelten damit als „illegal“. Zusammen könnten sie eine Großstadt wie Frankfurt/Main füllen - und doch führen diese Menschen ein „Leben in der Schattenwelt“, wie der Autor Jörg Alt im gleichnamigen Buch formuliert. Die Öffentlichkeit nimmt die „Menschen ohne Papiere“ nicht wahr, sie leben in einer Parallelwelt ohne Rechte. Der deutsche Staat indes versteht sich nach wie vor nicht als Einwanderungsland. Politiker diskutieren Migration vorwiegend vor dem Hintergrund von Erfordernissen des Arbeitsmarktes, das Asylrecht wurde 1993 weitgehend abgeschafft. Und ein dauerhaftes

Aufenthaltsrecht können Menschen fast nur noch über Heirat mit Deutschen erlangen. Aber auch dieses Recht wird derzeit eingeschränkt.

GRÜNDE FÜR DIE ILLEGALITÄT

Wer verbirgt sich hinter der Bevölkerungsgruppe der „Illegalen“? Es sind zumeist Menschen, die sich durch schwierige politische, wirtschaftliche und soziale Bedingungen gezwungen sahen, ihr Land zu verlassen und nun nicht dorthin zurückkehren können - selbst um den Preis, ein Leben auf der Flucht vor deutschen Behörden zu führen. Illegale sind:

- nicht anerkannte AsylbewerberInnen, die aus Angst vor Verfolgung und Tod im Heimatland in Deutschland untertauchen (die Anerkennungsquote von Asylanträgen liegt bei 0,6%!)
- Flüchtlinge, die vor Krieg, Bürgerkrieg, Verfolgung, Existenznot, Terror, Hunger, geschlechtsspezifischer Verfolgung oder Katastro-

phen geflohen sind und aufgrund der Chancenlosigkeit ohne Asylantrag in Deutschland bleiben

- Menschen, die Angehörige in Deutschland, aber kein Nachzugs- oder Familienzusammenführungsrecht haben
- Opfer von internationalem Menschenhandel, Zwangsprostitution oder Zwangsheirat
- ausländische EhepartnerInnen, die nach der Trennung ihr Recht auf Aufenthalt verlieren
- pendelnde Arbeitssuchende, die sich eine bessere Lebenssituation im Herkunftsland aufbauen möchten.

KEINE RECHTE

Für Ayscha ist es undenkbar, in das Land ihrer Peiniger zurückzukehren. Durch den Verlust ihrer Papiere kommt nun die alles begleitende Angst vor dem Sichtbarwerden hinzu, was ihre Traumatisierung noch verstärkt. Ayscha ist kurz vor dem psychischen



Es gibt auch viele illegale minderjährige Flüchtlinge.

„Ja, wir müssen die Welt verändern“

Die Jugendbuchautorin Gudrun Pausewang, 78, erzählt, wie sie zum Thema Tschernobyl fand, Schriftsteller Zivilcourage zeigen können und Kinder zu mutigen Menschen werden. Das Interview führte Jörn Pohl.

HINTERGRUND

Gudrun Pausewang, geboren 1928, schrieb mit dem Buch „Die Wolke“, das 1987 erschien, die bewegende Geschichte eines jungen Paares, das sich nach einem atomaren GAU in Deutschland alleine durchschlagen muss.

Das Buch und der Film warnen vor den Gefahren, die mit der Nutzung von Atomkraft verbunden sind und machen auf beeindruckende Weise deutlich, dass es jederzeit und überall zu einer Katastrophe kommen kann, wo Atomkraft genutzt wird – auch in Deutschland.

„Die Wolke“ wurde nun anlässlich des 20. Jahrestags der Tschernobyl-Katastrophe verfilmt und lief im Frühjahr in den deutschen Kinos.

Gudrun Pausewang engagiert sich als Schriftstellerin, aber auch als Privatperson in der Anti-Atomkraft-Bewegung, in der Friedensbewegung, gegen Rechtsradikalismus und macht auf Missstände in Entwicklungsländern aufmerksam, in denen sie lange als Lehrerin tätig war. Sie eckte dabei immer wieder an, oft musste sie Vorwürfe und Drohungen über sich ergehen lassen. Sie ist ein Beispiel dafür, wie Schriftsteller auch durch Schreiben zivilcouragiert handeln können. Für ihre Bücher erhielt sie viele namhafte Auszeichnungen, u.a. den „Gustav-Heinemann-Friedenspreis“, den „Buxtehuder Bullen“ sowie den „Deutschen Jugendliteraturpreis“. Ihre Bücher wurden zum Teil verfilmt und in mehrere Sprachen übersetzt. Heute lebt Gudrun Pausewang zusammen mit ihrem erwachsenen Sohn in Schlitz/Osthessen.

Frau Pausewang, wie erlebten Sie den Tag, an dem ‚Tschernobyl‘ geschah?

Ich war zu Hause in Schlitz. Auf einmal war das Selbstverständlichste der Welt nicht mehr normal, sondern gefährlich – man konnte sich nicht einfach ins Gras setzen. Mir graute vor den Dimensionen dieser Katastrophe.

Sind die Menschen 20 Jahre nach der Katastrophe von Tschernobyl sorgloser geworden?

Sie haben die Gefahr verdrängt, unter den Teppich gekehrt: Es wird schon nichts passieren...

Was denken Sie, wenn führende deutsche Politiker neben der Verlängerung der Restlaufzeiten sogar den Bau neuer Atomkraftwerke erwägen?

Wenn wir, das Volk, es nicht schaffen, der Atomlobby Einhalt zu gebieten, könnte es tatsächlich passieren, dass auch in Deutschland neue Atomkraftwerke gebaut wer-

den. Das darf nicht geschehen.

Was denken Sie, wenn Menschen, die sich gegen die Nutzung von Atomkraft und den Transport radioaktiven Mülls durch Deutschland einsetzen, wie dies im Wendland geschieht, mit massiven Repressionen durch den Staat rechnen müssen? Sind die staatlichen Maßnahmen Ihrer Meinung nach in diesem Maße noch gerechtfertigt?

Diese Menschen handeln ihrem Staat, ihren Mitmenschen gegenüber verantwortungsvoller und gewissenhafter als die politischen Vertreter des Staates, von denen sie massive Repressionen angedroht bekommen und gegebenenfalls bestraft werden. Der Staat zeigt zuweilen die Tendenz, sich wie ein Butler der Industrie zu verhalten. Zu ihr gehört ja auch die Atomindustrie. Und so manche Medien lassen sich zum Butler des Staates machen, indem sie zum Beispiel die Atomgegner verteufeln.



Gudrun Pausewang im Gespräch mit Grundschulern in Gaisental, Baden-Württemberg.

Sie haben einmal gesagt: „Zum Gegen-den-Strom-Schwimmen braucht man neben einem starken Willen vor allem Zivilcourage. Das ist eine Tugend, die leider in unserem pädagogischen Programm noch viel zu wenig gepflegt, gelehrt – und vorgelebt wird.“ Was würden Sie als ehemalige Grund- und Hauptschullehrerin ändern und wie leben Sie Zivilcourage vor?

Ich würde die Zivilcourage in den Mittelpunkt der Pädagogik stellen. Sie muss viel deutlicher gelehrt werden. Ich selbst habe bei der Wahl meiner Buchthemen eine Menge Zivilcourage gebraucht. Hätte ich nur Ponybücher oder Heimatromane geschrieben, hätte ich mir viel Ärger erspart: politische Anfeindungen, anonyme Drohungen, Lächerlichmachung meiner Ziele. Allein schon beim Ausscheren aus der Herde und für das Suchen eines eigenen Weges braucht man viel Zivilcourage. Ich habe zum Beispiel jahrzehntelang von den Heimatvertriebenenverbänden Ablehnung erfahren, weil ich mich gegen deren Einstellung gewehrt habe, die Tschechen und Polen seien die Bösen, wir aber, wir Deutsche, die braven, unschuldigen Opfer. Und weil ich nicht für Vergeltung, sondern für Versöhnung plädiere.

Wie würden Sie junge Leute ermutigen, sich zivilcouragiert für die Gesellschaft einzusetzen, in der sie leben?

Ich würde ihnen Beispiele von Zivilcourage und Beispiele mangelnder Zivilcourage aus der jüngsten Geschichte erzählen. Und natürlich auch durch mein eigenes Beispiel.

Wird das ehrenamtliche Engagement in Deutschland Ihrer Meinung nach ausreichend gewürdigt?

Nein. Heutzutage wird oft ein Mitbürger, der sich ehrenamtlich betätigt, für dumm gehalten. Ohne Vergütung arbeiten? Haha. Das ist out. Wer sich, ohne Entgelt zu

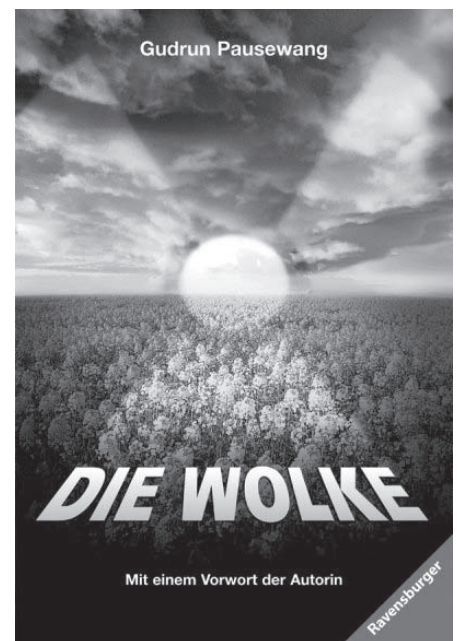
fordern, für andere einsetzt, ist ein Gutmensch, und das ist bieder.

Sie schreiben ihre Bücher vor allem für Kinder und Jugendliche und haben einmal gesagt, dass Kinder der Menschlichkeit noch näher seien als Erwachsene. Haben Sie das Gefühl, dass bei so manchem Erwachsenen bereits „Hopfen und Malz verloren“ ist? Setzen Sie bewusst auf die nächste Generation von Entscheidungsträgern?

Auch in der gegenwärtigen Generation der Erwachsenen gibt es viele Menschen, die bereit sind, Mitverantwortung für das Wohl der Gesamtheit zu übernehmen. Man kann keine gesamte Generation für verloren erklären. Aber ich hoffe und vermute, dass wir uns mitten in einem ungeheuren Umbruch befinden. Und dass die nächste junge Generation hoffentlich wieder aufbegehrt und eine andere Politik, ein anderes, uneigennütziges Miteinander fordert. Wir werden in der materiell ärmeren Zeit, auf die wir uns zubewegen, auf gegenseitige unbezahlte Hilfe und tätige Mitverantwortlichkeit verdammt angewiesen sein. Und auf Ehrlichkeit in der Politik.

Dieter Arendt hat über Sie gesagt, Sie würden vor die Hoffnung das Prinzip der Aufklärung setzen. Ihre Bücher würden lehren, dass nur durch Aufklärung das Prinzip Hoffnung realisiert werden könne. Welche Hoffnung haben Sie in Bezug auf unsere Zukunft auf diesem Planeten?

Ja, damit mag er Recht haben. Bei einem Buch wie „Die Wolke“ riskiere ich, dass der jugendliche Leser dadurch, dass ich eine Gefahr bewusst mache, Angst empfindet. Denn ich warne ja. Aber ich wünsche mir, dass der Leser während der Lektüre durch den Schock hindurch zu der Frage findet, die er sich selber stellt: „Womit kann ich im Rahmen meiner bescheidenen Möglichkeiten tätig dazu beisteuern, dass die Gefahr, die



Der Titel des Romans „Die Wolke“ von Gudrun Pausewang.

hier fiktiv geschildert wurde, nie Realität wird?“

Und ich wünsche mir, dass jeder, der in dieser Art meine Bücher liest, in winzigen Schritten dabei mithilft, unsere Gesellschaft weg vom Ich und hin zum Wir zu bewegen; das heißt, sich nicht zufrieden gibt mit der Welt, wie sie ist, sondern dazu beiträgt, dass sie so wird, wie sie sein könnte.

Ja, wir müssen die Welt verändern. Dazu ist niemand zu alt oder zu müde. Ich war 17, als die Nazizeit zu Ende war. Ich habe erlebt, wie nach den Jahren der Hitlerdiktatur die Jungen die Alten fragten: „Warum habt ihr nichts dagegen getan?“ Wenn mich meine Nachkommen fragen, möchte ich antworten können: „Ich habe was dagegen getan.“

Frau Pausewang, wir bedanken uns bei Ihnen herzlich für die Beantwortung unserer Fragen, wünschen Ihnen persönlich alles Gute für die Zukunft und können Sie nur ermuntern, mit Ihrem Engagement fortzufahren.

Dorfpastor erteilt dem NS-Staat eine Absage

(Gunter Deuber, Bayreuth) Wolfgang Niederstraßer kritisierte in seiner bayerischen Gemeinde von der Kanzel den Nazistaat und landete dafür im KZ. Heute erinnert sich niemand mehr an den couragierten Pfarrer, der sich dem NS-Unrechtsstaat nicht unterordnen wollte. In einer gleichgeschalteten, streng staatlich kontrollierten Gesellschaft bewies Niederstraßer ein hohes Maß an Mut, Engagement und Prinzipientreue. Auch wenn er sich so mächtige Feinde machte.

An den im KZ hingerichteten Pastor Dietrich Bonhoeffer wird mit Recht gedacht. Über die unheilvolle „KZ-Kommandeuse“ Ilse Koch kann man viel lesen. Den Namen des couragierten Pastors und KZ-Überlebenden Wolfgang Niederstraßer, der im Grunde in engster Beziehung zu den zwei zuvor genannten Personen steht, kennt kaum jemand.

Dietrich Bonhoeffer ist als couragierter Gegenredner des NS-Regimes bekannt. Noch am 9. April 1945 musste er nach der Evakuierung aus dem KZ Buchenwald sein Leben im nordbayerischen KZ Flossenbürg lassen. Zur Erinnerung an den 1906 im heutigen Wrocław geborenen protestantischen Theologen und standhaften Christen sind Begegnungsstätten, Straßen, Schulen oder Studentenwohnheime nach ihm benannt. Bonhoeffers Glaubensbruder, den 1907 geborenen evangelischen Pastor Wolfgang Niederstraßer, der das KZ Dachau überlebte, kennt letzten Endes kaum jemand. Auch nicht an seiner oberfränkischen Wirkungsstätte der 1940er Jahre, der verschlafenen 2500-Seelen-Gemeinde Warmensteinach bei Bayreuth. Hier, in der Idylle des nordbayerischen Fichtelgebirges, erinnert nichts an Wolfgang Niederstraßer, den couragierten Pfarrer und Gegenredner des NS-Regimes.

STANDHAFTER DISSIDENT

Der junge Theologe und Nicht-Bayer Niederstraßer kam 1937 für eine Vertretungsstelle ins nordbayerische Thundorf bei Schweinfurt. Schon ein Jahr später zeigte er

hier couragiert Flagge gegen die Vermengung von Kirche und NS-Ideologie. Am 9. November 1938 sollte der Geistliche am „Tag der Bewegung“ - zum Gedenken an den Hitlerputsch von 1923 - Pfarrhaus und Kirche seiner Gemeinde mit Weiß, Rot und Hakenkreuz beflaggen. Er tat es nicht. Das brachte Niederstraßer nicht mehr als eine kleine Geldstrafe ein. Zwei Jahre später, im Jahre 1940, trat Niederstraßer eine Pfarrerstelle im Dekanat Bayreuth, im Idyll Warmensteinach an. Wirklich idyllisch war es in Bayreuth, in Warmensteinach im Fichtelgebirge und in Franken allerdings seit Jahren nicht mehr. Die Nationalsozialisten hatten schon zu Beginn ihres politischen Aufstieges einen starken Stand in Bayern. Ein ansehnlicher Teil der Wahlberechtigten der einstigen SPD-Hochburg Warmensteinach hatte 1933 bei der NSDAP ihr Kreuz gemacht. Im nahen Bayreuth war man stolz, zu den Lieblingsstädten des Führers zu gehören und im gar nicht so fernen Nürnberg vollzog die NSDAP ihre Parteitage mit beinahe sakraler Liturgie. Gerade Niederstraßers Umgegend Franken und Nordbayern spielte in der NS-Zeit eine ganz besondere Rolle; schon 1928 war der Reichstagswahlkreis 26 (Franken) der mit dem besten Ergebnis für die NSDAP deutschlandweit. Es nimmt nicht wunder, dass es im fränkischen Warmensteinach bald zu den ersten Kontroversen zwischen dem Geistlichen und der NSDAP-Orstgruppe kommt.

NADELSTICHE GEGEN BRAUNE AKTIVISTEN

In der Vorweihnachtszeit 1940 sollte die Probe zum Krippenspiel stattfinden, das Niederstraßer sehr am Herzen lag. Die kirchliche Veranstaltung war den Hitlergefolgsleuten und ihrer Weihnachtsfeier im Weg. Der Pfarrer sagte seine Probe nicht ab und zog den Groll der Nazis auf sich. Niederstraßer stellte sich auch couragiert der Hitlerjugend seiner Gemeinde entgegen, die ihre Veranstaltungen mit Absicht auf die Gottesdienstszeit legte. Niederstraßer meldete dies dem Dekanat in Bayreuth und versprach sich von dort Rückendeckung. Im Juni 1941 wohnte Niederstraßer dem Begräbnis eines gefallenen Sohns seiner Gemeinde auf dem Warmensteinacher Friedhof bei. NS-Vertreter trauerten auch an diesem Ort. Beim anschließenden kirchlichen Gedenken waren die Nazis nicht mehr anwesend, und der Pfarrer sprach: „Vor einer Stunde, da kamen sie gezogen und hielten Reden. Gewiß, diese Reden zeugten von Stolz und Ehre, aber nun ist diese Stunde dahin, verweht, verfliegen, als wäre nichts gewesen. Nun ziehen sie mit den Fahnen hinunter den Berg, als ob sie fliehen wollten vor dem, was jetzt gesagt werden muss.“ Nicht nur bei dieser Predigt war die Distanz Niederstraßers zum NS-Regime erkennbar. Das musste aus der Dorfkirche dringen. Und das war wohl beabsichtigt. Niederstraßer und seine Frau waren bekannt für ihre Reserviertheit gegenüber dem Regime. Sie sollen unter anderem den neudeutschen Hitlergruß gemieden haben. Nach zwei Jah-

ren der Predigten häuften sich die Denunziationen. Einige fühlten sich offenkundig berufen, Äußerungen Niederstraßers, die keine Wertschätzung für das NS-Regime und die örtlichen NSDAP-Vertreter erkennen ließen, den Behörden melden zu müssen. Gleiches gilt für seinen de jure untersagten Gebrauch der Feldpost für geistliche Worte. Im Gegensatz zu manch anderem Regime musste das NS-Regime Denunzianten nicht lange suchen oder anwerben. Freiwillige gab es zur Genüge.

KIRCHE IM NS-STAAT

Schwerwiegende Folgen sollte eine Sonntagspredigt Niederstraßers für Gefallene nach sich ziehen. Bei einem Trauergottesdienst Ende Juni 1942 bezog der Pastor gegen die Kirchenpolitik des NS-Regimes Position. Genauer gegen ein 13-Punkte-Programm aus dem Reichsgau Wartheland um das damalige Posen (das heutige Poszan). Die 13 Leitlinien sollten erst einmal probeweise im besetzten Wartheland umgesetzt werden. Sie waren Ausdruck des weltanschaulichen Führungsanspruchs der NS-Ideologie. Das Warthegau-Programm untermauerte diesen nun auch gegenüber der Kirche - obwohl die Eidesformel der Hitlerjugend befremdlich mit „so wahr mir Gott helfe“ schloss und noch 1936 auf dem Reichsparteitag in Nürnberg trotz antichristlicher Agitation 50.000 Menschen das HJ-Lied mit der Textzeile „Der Herrgott, der im Himmel ist, liebt die Treue und die jungen Soldaten“ sangen. Niederstraßer aber sah dunkle Wolken aufziehen: „Man hat in politischen Kreisen den Warthegau im Osten den kirchlichen Exerzierplatz Deutschlands genannt. Was dort heute geübt wird, soll morgen auch im Reich in Übung treten. Das sind 13 Punkte, nein 13 Todesurteile gegen die christliche Kirche“, so Niederstraßers Worte von der Kanzel gegen Kirchenverdrängung und Germanisierung aller Lebensbe-

reiche respektive das nationalsozialistische Neuheidentum. Durch neugeschaffene NS-Feierlichkeiten und -Feiertage sollte der althergebrachte Kirchenkalender verdrängt werden. „Man drängt die Kirche zurück aus dem öffentlichen Leben, zunächst in ihre Mauern, doch auch dort lässt man sie nicht. Anstelle der Taufe tritt die Namensgebung. Anstelle der Konfirmation tritt die Jugendreife, die politische Verpflichtung der Jugend. Anstelle der Trauung die Eheweihung. Anstelle der christlichen Beerdigung die Totenehrung.“ Im Gottesdienst sprach Niederstraßer auch die Worte aus Psalm 10,1 und 2 über Klage und Hoffnung in Zeiten des Übermuts der Gottlosen: „Warum bist du so ferne, verbirgst dich zur Zeit der Not? Warum?! Weil der Gottlose Übermut treibt, muss der Elende leiden!“ So schloss Niederstraßer seine Worte zu der unheilvollen Kunde aus dem Warthegau.

DRUCK VON OBEN

Nach diesen denkwürdigen Worten von der Kanzel mahnt Bayreuths Dekan Otto Bezzel den Pfarrer zu mehr Vernunft. Niederstraßer, sich zu seinen Motiven bekennd, antwortete: „Schließlich haben wir in der heutigen Zeit nicht nur ein priesterliches, sondern auch ein prophetisches Amt zu versehen.“ Als erste Folge seiner Predigt verbietet die Regierung von Mittel- und Oberfranken ihm den Religionsunterricht in der Schule. Die Justizbehörden in Bayreuth und Bamberg nehmen die Ermittlungen auf. Wegen Vergehen gegen zwei NS-Gesetze, genauer wegen Verstößen nach dem Heimtückegesetz und dem Kanzelparagraphen, soll Niederstraßer für eineinhalb bis zwei Jahre ins Zuchthaus. Die Behörden vermerken, dass Niederstraßer der Anklage gar nicht widerspreche und versuche, seine Aussagen zu verharmlosen, ja sie als Pastorpflichten auszulegen. Er habe es für sein Recht und seine Pflicht

gehalten, örtliche Zustände zu kritisieren und auf die Bedrohung des kirchlichen und damit des inneren Friedens unseres Volkes insbesondere durch die 13 Punkte hinzuweisen, so die Dokumente. Besonders wird Niederstraßer zur Last gelegt, nicht preiszugeben, wie und von wem er Kenntnis über die 13 Punkte erlangte.

PASTOR IM KRIEG

Die Lage in Warmensteinach bleibt gespannt und zur Weihnacht 1942 stört sich die Ortsgruppe der HJ erneut am Niederstraßer'schen Krippenspiel. Die Ermittlungen gegen den Pastor ziehen sich bis ins Jahr 1943. Im Februar 1943 wird Niederstraßer dann auch der Religionsunterricht in kirchlichen Räumen verboten. Der Kirchenvorstand protestiert, doch mittlerweile hat Pfarrer Niederstraßer schon den Einberufungsbefehl zur Wehrmacht in der Tasche. Der Kreisdekan schreibt dem frischgebackenen Soldaten wider Willen im März 1943, dass es Fehler bei den Verfügungen gegeben habe. Das Verbot des Religionsunterrichtes in kirchlichen Räumen gelte nur für die Schulunterrichtszeit, aber nicht während der Freizeit der Schüler. Einschränkend spricht der Kreisdekan eine Rüge an den couragierten Niederstraßer aus: „Die Art, wie Sie in Ihrer Abschiedspredigt von den Dingen sprachen, geht nicht an - Sie werden ja jetzt beim Heer lernen, dass in der Batterie und im größeren Rahmen keiner seinen privaten Krieg führen kann. Lassen Sie sich das zum Exempel dienen“, so der Kreisdekan.

TERROR VOR KRIEGSENDE

Das Sondergericht in Bayreuth treibt seine Ermittlungen voran und will Niederstraßer nun vors Militärgericht bringen. Der Militär vorgesetzte Niederstraßers sieht hierzu keinen Anlass und so scheint dieser erst einmal sicher vor der NS-Justiz. Er kann

wenigstens Gottesdienste für die Kameraden seiner Einheit in Norwegen abhalten. Im Dezember 1944, zweieinhalb Jahre nach seiner Sonntagspredigt in Warmensteinach, wird der Pfarrer in Uniform aus heiterem Himmel verhaftet. Wegen Verstößen gegen das Heimtücke-gesetz und den Kanzelparagraphen sitzt Niederstraßer in Zuchthäusern in Oslo und im ostpreußischen Königsberg ein. Schließlich übergibt ihn die Wehrmacht der Gestapo. Dies auf Geheiß von oben, spricht Himmlers Berliner Reichssicherheitshauptamt. Wer mit welchen Motiven noch ein halbes Jahr vor Kriegsende den Stein wieder ins Rollen brachte, liegt im Dunkeln. Die Gestapo in Nürnberg könnte nach Berlin Meldung gemacht haben. Unter Umständen sind die Ermittlungen der Justizbehörden in Bayreuth und Bamberg an höhere Stellen getragen worden. Vermutlich ist Niederstraßer aber einfach Opfer des gnadenlosen Terrors nach dem 20. Juli 1944 geworden, den die Nazis auf alle vermeintlichen Widerständler ausdehnten. Die Regierung von Ober- und Mittelfranken schreibt noch vier Monate vor Kriegsende mit befremdlicher Obrigkeitsorientierung über ihr Vorgehen gegen Niederstraßer, er habe in einer Predigt im Jahre 1942 Ausführungen gemacht, die im besonderen Maße geeignet waren, erhebliche Unruhe bei der Bevölkerung hervorzurufen und das Vertrauen zur Staatsführung zu untergraben. So spricht der Monatsbericht der Regierung von Ober- und Mittelfranken Januar 1945.

ZWANGSODYSEE UND GÖTTERDÄMMERUNG

Als der Bayreuther Dekan Kunde erlangt, wie es um Niederstraßer steht, legt er ein Wort für ihn ein. Er bittet höhere Kirchenstellen Anfang Januar 1945 Niederstraßer „Rechtsschutz zu gewähren“, da es nach dem Ausschluss aus der Armee nun schlecht um ihn

bestellt sei. Es folgt ein erfolgloser Antrag auf Entlassung aus der Haft in Nürnberg, wohin Niederstraßer derweil verbracht wurde. Seine Verschleppungsgeschichte hat damit indessen noch kein Ende gefunden. Wie für tausende Häftlinge und KZ-Insassen beginnt für den Pfarrer nach dem Zusammenbruch aller Fronten und dem Heranrücken der alliierten Truppen, kurz vor der Götterdämmerung für das tausendjährige NS-Reich, eine Zwangsodysee. Vor der Schlacht um Nürnberg wird Niederstraßer kurzerhand am 12. April 1945 in das Konzentrationslager Dachau überstellt. Als auch hier die Front herannaht, wird er wie viele andere KZ-Häftlinge auf einen Todesmarsch gen Alpenfeste geschickt und kommt Anfang Mai bei Wolfratshausen nahe München frei. Die Wirren der Kapitulationstage unbeschadet überstanden, meldet sich der gezeichnete Pastor schon am 14. Mai 1945 beim Kreisdekanat in Bayreuth. Dekan Brezzel ist immer noch hier, Niederstraßer bald wieder an seiner alten Wirkungsstätte. Am 20. Mai, dem Pfingstsonntag 1945, hält der KZ-Überlebende seinen ersten Gottesdienst in Warmensteinach, im neuen Deutschland. Fünf Monate nach Kriegsende soll sich ein einstiger Konfirmand aus der Ferne mit einem Brief an Niederstraßer gewandt haben. „Was uns die HJ-Führer erzählt haben, glaubten wir blind und taten es. Ich bitte Sie, Herr Pfarrer, verzeihen Sie mir, Ihrem Konfirmanden, alles was ich Schlechtes tat.“

NACHDENKLICHER NEUANFANG

Wieder in Warmensteinach empfindet der KZ-Rückkehrer Niederstraßer merklich Enttäuschung über die mangelnde Solidarität während seiner harten Tage. Im Zuge der Entnazifizierung würdigt er in einem Entlastungszeugnis mutige Hilfe, „als ihm von näher stehenden Kreisen aus Furcht vor Benachteiligung jegliche Hilfe

versagt wurde“. Aus Schreiben des Dekanats Bayreuth geht immerhin hervor, dass drei Männer und vier Frauen aus Warmensteinach Ende 1942 aus eigenen Stücken zur Staatsanwalt nach Bayreuth gefahren sind, um Protest gegen die Anklage ihres Pastors anzumelden. Nicht unkritisch äußert sich Niederstraßer ebenso über die Rolle oberer Stellen, wie etwa des Landeskirchenrats, in seinem Falle. Ansonsten findet er eher leise Töne und engagiert sich, um allen in Warmensteinach wieder ein normales Leben zu ermöglichen. Geprägt von der NS-Zeit und durchaus immer noch mit Courage ergreift er im Juli 1946 das Wort und erhebt beim Bürgermeister Einspruch. Diesmal gegen das für Sonntagmittag angesetzte kollektive Kartoffelkäfersammeln. Solche Terminansetzungen seien „eine der vielen unheilvollen Erfindungen des so genannten Dritten Reiches“, so Niederstraßer.

SCHULD VOR VOLK UND GOTT

Fortwährend reflektiert er über die eigene Rolle und die seiner Kirche in der NS-Zeit. Am Ende zieht er mit sich, seiner Kirche, den Kirchen und den Deutschen ins Gericht. Gehaltvoll seine deutlichen Schlussfolgerungen: „Im Blick auf die vergangenen Jahre und das Gottesgericht im Kriegsende, glaube ich urteilen zu müssen, dass auch wir, ich selber und wir alle, unermessliche Schuld tragen vor unserem Volke und vor Gott. - Wir sind dem Staate unbrüderlich, unchristlich und lieblos begegnet, sofern wir aus Angst vor seinen Machtmitteln den Anspruch Gottes an unser Volk nicht eindeutig genug aufgerichtet haben, und wir haben für unsere eigene Entscheidung und Haltung die Grundlage unserer reformatorischen Kirche, das Handeln allein aus dem Worte, weithin verlassen. So ist denn die Buße, die wir heute unserm Volke predigen müssen, uns selber - mir und uns allen - am nötigsten, nicht

aber der Erweis unserer 'Gerechtigkeit' mittels Daten einzelner politischer Verfolgungen, die nicht charakteristisch sind für uns!" Niederstraßers Gedanken gehen viel weiter, als die des neugewählten Rats der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und ihrer zunächst im Oktober 1945 eher zurückhaltend geäußerten Stuttgarter Erklärung, die auf öffentliche Kritik hin sogar zunächst als rein „kirchlicher Akt“ heruntergespielt wurde.

TREFFEN MIT STRAFWÜRDIGEN

Nach dem „Gottesgericht Kriegsende“ und der Rückkehr nach Warmensteinach wirkte der couragierte Pfarrer ab September 1946 als evangelischer Gefängnisseelsorger im fränkischen Aichach. In der dortigen Frauenhaftanstalt kommt Niederstraßer auch mit Ilse Koch in Kontakt. Ilse Koch wurde in den Dachauer Prozessen und in Augsburg zu lebenslänglicher Haft verurteilt. Die Ehefrau des Lagerkommandanten in Buchenwald war die vermeintliche „Kommandeuse und Hexe von Buchenwald“, wo auch Bonhoeffer litt. Die im gleichen Jahr wie Bonhoeffer geborene Ilse Koch erhängte sich am 2. September 1967 mit ihrem Bettlaken in der Anstalt Aichach. Zu dieser Zeit war Wolfgang Niederstraßer nicht mehr dort. Nach seelsorgerischer Tätigkeit ab 1953 in Nürnberger Haftanstalten verschrieb er sich dann von 1958 bis 1972 wieder der Rolle des Gemeindepfarrers in München-Laim und Füssen. Am 21. September 1981, Gott sei Dank erst 39 Jahren nach seiner couragierten und folgenreichen Sonntagspredigt, verstirbt der 74-jährige Wahl-Bayer Wolfgang Niederstraßer im Allgäu.

VERGESSENE ZIVILCOURAGE

Den Weg Niederstraßers von Warmensteinach nach Dachau und

sein Wirken danach zeichnete der Theologe (und Kirchenhistoriker) Dr. Mensing nach. Mensing ist heute Pfarrer der Evangelischen Versöhnungskirche an einem besonderen Ort des Gedenkens und Lernens, der KZ-Gedenkstätte in Dachau. Anhand von Dokumenten des Landeskirchlichen Archivs Nürnberg, des Staatsarchivs Bamberg und des Pfarramtsarchivs Warmensteinach förderte Mensing die Geschichte eines Pfarrers zutage, dessen couragierter Weg auch unfreiwillig seine heutige Wirkungsstätte Dachau kreuzte. Heute, 25 Jahre nach Niederstraßers Tod, kennt in Warmensteinach seinen Namen im Grunde niemand. Über der evangelischen Kirche in Warmensteinach thront nur ein Kriegerdenkmal. Und unter der Kirche erinnert inmitten biederer 1950er-Jahre-Architektur ein Gedenkstein an den bei Sudeten-deutschen prominenten Dichter Gustav Leutelt. Die Gemeindeverwaltung Warmensteinach sieht sich auf Anfrage des Autors nicht in der Lage zu erklären, warum es keinerlei Gedenken gibt. Bei einer selbstverständlich unrepräsentativen Spontanumfrage unter zwei Dutzend Warmensteinachern kann keine Seele mit dem Namen Niederstraßer etwas anfangen oder ihn irgendwelchen Geschehnissen zuordnen.

COURAGIERTE, DIE NICHT VERGESSEN WURDEN

Das nordbayerische Warmensteinach könnte vom polnischen Wrocław, ja auch vom vermeintlich verschlafenen Wuppertal lernen. Im einstigen Breslau steht ein Denkmal für den deutschen Theologen und Sohn der Stadt Dietrich Bonhoeffer. In Wuppertal gibt es eine Gesellschaft zur Förderung des ebenfalls nicht überall bekannten, aber dort geborenen Armin Theophil Wegner. Denn wie es lohnt, Wegners Wirken weiterzutragen, so lohnt dies bei Niederstraßer. Für Wegner steht in Yad Vashem an der „Allee der

Gerechten der Völker“ ein Baum, weil auch er Unrecht öffentlich entgegentrat. Der Wuppertaler Pazifist Wegner macht nicht nur den ersten Völkermord des 20. Jahrhunderts an den Armeniern zum Thema, sondern wendete sich schon 1933 in einem offenen Brief an Adolf Hitler und gegen dessen Antisemitismus. Möglicherweise wird auch im Fichtelgebirge irgendwann - symbolisch gesprochen - ein Baum für den couragierten Warmensteinacher Pfarrer Niederstraßer sprießen. Zumal all die skizzierten historischen Ereignisse in Nordbayern um die prominenten Namen Dietrich Bonhoeffer und Ilse Koch, den vergessenen Wolfgang Niederstraßer sowie die hier geschilderte Geschichte um Dachau, Buchenwald, Flossenbürg, Warmensteinach, Wartheland, Wrocław und Wuppertal wegen zweierlei Aspekten Symbolcharakter haben: Während der NS-Zeit waren es nicht unbedingt die Kirchenspitzen, sondern gewöhnliche, gradlinige und heute nicht unbedingt gewürdigte Gemeindepfarrer, die in einem schwierigen Umfeld mit einer Mischung aus Courage im Amt und Zivilcourage aktiv gegen den Autonomieverlust der Kirche angingen und dem amoralischen Handeln des NS-Staates Stirn und Wange boten. Und die selbstkritischen Reflexionen und Worte Niederstraßers nach der NS-Zeit fanden bei Mitbürgern und Kirchenoberen wenig Gehör.

Litz, G., Munzert, H., Liebenberg, R. (Hrsg., 2005): Frömmigkeit - Theologie - Frömmigkeitstheologie, Festschrift für Berndt Hamm zum 60. Geburtstag, Leiden, Brill Academic Publishers

Mensing, B.: Der Vergessene Widerstand - Wolfgang Niederstraßer, in: Sonntagsblatt - Evangelisches Sonntagsblatt für Bayern, Ausgabe 29, 18.7.2004

Mensing, B., Rathke, H. (2003): Mitmenschlichkeit, Zivilcourage, Gottvertrauen, Evangelische Opfer von Nationalsozialismus und Stalinismus, Leipzig, Evangelische Verlagsanstalt

Mit kleinen Schritten die Welt verändern

(Jörn Pohl, Kiel) Dreißig Kieler Studenten engagieren sich bei amnesty international für Menschenrechte. Sie tragen zu einem öffentlichen Druck auf Menschenrechtsverletzungen bei, der ganze Staaten zum Einlenken bringt.

„Ich möchte und kann einen Teil dazu beitragen, die Welt zu verändern, etwas zu bewegen und zu helfen“, meint der Student Jan, 22, Mitglied der Kieler Hochschulgruppe von amnesty international (ai). Immer wieder kommen Passanten an den ai-Infostand in der Kieler Fußgängerzone und interessieren sich für die Arbeit von amnesty. Jan und einige seiner Freunde wollen die Passanten auf die Situation von amerikanischen Gefangenen im Lager von Guantánamo aufmerksam machen. Manch junger Mensch will aber auch wissen, was die Altersgenossen bewegt, sich für die Menschenrechte in weit entfernten Ländern wie dem Irak einzusetzen.

MOBILISIEREN RUND UM DEN GLOBUS

Amnesty hat es sich zur Aufgabe gemacht, Menschenrechtsverletzungen zu thematisieren und eine

Öffentlichkeit für diese Thematik zu schaffen, um so präventiv gegen Menschenrechtsverletzungen vorzugehen. Manchmal kommen diese Präventivmaßnahmen zu spät - dass heißt, Menschen sitzen unschuldig in Gefängnissen, werden gefoltert, „verschwinden“ einfach spurlos oder müssen unter sonstigen Repressionen leiden. Dann mischt sich amnesty international ein und mobilisiert Menschen rund um den Globus. Dadurch wird der öffentliche Druck auf die jeweiligen Regierungen so groß, dass viele oftmals zum Einlenken bereit sind. So sieht es momentan so aus, als würden die amerikanischen Behörden durch den zuletzt gestiegenen öffentlichen Druck verstehen, dass ein Gefangenenlager wie Guantánamo unhaltbar ist. So funktioniert amnesty international. Das ai-Prinzip geht jedoch nur auf, wenn Menschen überall auf der Welt bereit sind, sich für die Menschenrechte einzusetzen,

egal, ob in Deutschland, Belarus oder Nepal. Immer wieder hören Jan und seine Freunde am Infostand die gleiche Frage: „Was kann ich alleine schon gegen Regierungen und Staaten ausrichten?“ Die Antwort: „Einiges, wir haben es ja schließlich auch geschafft.“

STUDENTISCHES ENGAGEMENT

Dass es wirklich nicht schwer ist, sich für eine bessere und friedlichere Welt einzusetzen, zeigt die Geschichte der amnesty-Hochschulgruppe in Kiel. Im Oktober 2004 gründete Jan mit ein paar Kommilitonen die ai-Hochschulgruppe. Heute, nicht einmal zwei Jahre später, engagieren sich etwa dreißig Studenten in der Gruppe. Sie ist zu einem festen Bestandteil des politischen und kulturellen Lebens der Uni geworden: Die Studenten veranstalten Länderabende, um auf die kulturelle und politische Situation aufmerksam zu machen, zeigen Filme zur Problematik der Menschenrechte, veranstalten Diskussionen und informieren über die Arbeit von amnesty, sowohl an der Uni als auch bei kulturellen Veranstaltungen, Straßenfesten etc. Mittlerweile engagieren sich in der Gruppe etwa dreißig Studenten aus verschiedenen Studienrichtungen, die alle eins gemeinsam haben: Sie wollen sich für die Menschenrechte in der Welt einsetzen.

FÜR IRANER UND BELARUSSEN

Die Studenten arbeiten vor allem zu Menschenrechtsverletzungen in Iran und Belarus, setzen sich aber auch speziell für die Belange von Studenten ein, die, egal wo, von Haft, Folter oder Repressionen



Auch Aktive von amnesty Berlin-Brandenburg protestieren gegen die Situation der Gefangenen im Lager von Guantánamo.

bedroht sind. Das prominenteste Beispiel der letzten Zeit war die zwangsexmatrikulierte belarussische Studentin Tatjana Khoma. Sie hatte sich in einer internationalen Studentenorganisation engagiert und wurde daraufhin von der Leitung ihrer Universität gezwungen, ihr Studium aufzugeben. Amnesty hilft Menschen wie Tatjana, die sich ihre Rechte nicht verbieten lassen, auch wenn sie mit Repressionen rechnen müssen. Die Kieler Hochschulgruppe sammelte Unterschriften und übergab sie der belarussischen Botschaft in Berlin. Dasselbe taten ai-Gruppen überall auf der Welt. So bekam die belarussische Führung die Folgen ihres Handelns für die öffentliche Meinung über Belarus zu spüren. Außerdem bilden ai-Mitglieder immer wieder Ad-hoc-Gruppen, die zu bestimmten Themen oder anliegenden Veranstaltungen zusammenarbeiten und an denen sich jeder Interessierte beteiligen kann, je nachdem, was seine Interessen sind und wie viel Zeit er hat. So setzt sich Jan vor allem mit der Menschenrechtssituation im Iran auseinander und erzählt von ai in Schulklassen, die sich vorher mit der Thematik Menschenrechte bereits im Unterricht befasst haben.

POLITIK TABU

Grundlage der Arbeit der ai-Hochschulgruppe ist die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“ der Vereinten Nationen von 1948. Politische Veranstaltungen sind deshalb tabu – es geht nur um die Rechte von Menschen, nicht um politische Ziele. Da sich amnesty international die politische Unabhängigkeit auf jeden Fall bewahren will, lehnt ai staatliche Finanzierungshilfe ab. Deshalb sind die Gruppen auf Spenden angewiesen. Viele Menschen, die aufgrund ihres Alters, Jobs oder aus anderen Gründen nicht mehr

aktiv an der Menschenrechtsarbeit teilhaben können, unterstützen amnesty auf diesem Weg.

ERFOLGE AUF DER GANZEN WELT

Amnesty international ist heute eine internationale Organisation mit 1,7 Millionen Mitgliedern in 140 Ländern der Welt. Sie setzt sich seit 40 Jahren für unterdrückte und rechtlose Menschen ein und hat dabei beachtlichen Erfolg: In mindestens jedem dritten Fall, dessen sich amnesty international annimmt, kommt es zu einer Verbesserung der Situation der betroffenen Personen. Sie werden freigelassen, Folterungen und Misshandlungen können verhindert oder unterbunden werden, Häftlinge bekommen endlich die dringend erforderliche medizinische Versorgung, ihre Haftbedingungen bessern sich merklich, man gewährt ihnen den Kontakt zu ihren Familien und zu Rechtsanwälten oder ein Todesurteil wird in eine Haftstrafe umgewandelt. Denn weltweite Kritik trifft Staaten oft an einer verwundbaren Stelle: Sie müssen

um ihr Image fürchten. Und so wird die Organisation heute von der Öffentlichkeit als äußerst glaubhaft und unterstützenswert beurteilt. Die schönsten Momente für Jan und die anderen Mitglieder der Gruppe kommen, wenn sie erfahren, dass die Arbeit Früchte getragen hat: Wenn ein Gefangener besser behandelt wird, zum ersten Mal einen Arzt sehen darf oder sogar freigelassen wird. Das sind die Momente, in denen den Studenten klar wird, dass sie mit ihrer ehrenamtlichen Arbeit einiges erreichen können. Auch wenn sie nur eine kleine Gruppe sind.

Wer Lust hat, sich für die Menschenrechte in einer internationalen Organisation wie amnesty international einzusetzen, kann auf www.amnesty.org nachsehen. Dort findest Du Gruppen in Deiner Nähe. Falls es die nicht gibt, kannst Du es wie die Kieler Studenten machen und eine neue Gruppe gründen. Die Kieler Hochschulgruppe ist Dir jederzeit gerne mit Ratschlägen und Unterstützung behilflich. Du erreichst sie unter kiel@amnestystudents.org.



Aktive von amnesty München werben für ihre Organisation während der Fußballweltmeisterschaft.

Fußball, Prostitution und Ausbeutung

(Viola Engels, Hamburg) Die WM bedeutet nicht nur Spaß am Fußball: Zwangsprostitution, Ausbeutung und Visaprobleme nehmen zu. In allen Bereichen können wir Zivilcourage zeigen.

3 Millionen überwiegend männliche Fans aus aller Welt kamen im Juni und Juli nach Deutschland zur Fußball-WM. Menschenrechtsgruppen gehen davon aus, dass viele der Männer die Dienste von Prostituierten in Anspruch genommen haben. Die Erfahrungen mit den Weltmeisterschaften früherer Jahre sowie mit der Expo 2000 in Hannover und der Olympiade 2004 in Athen zeigen, dass zur Fußball-WM mit einem massiven Anstieg von Frauenhandel und Zwangsprostitution zu rechnen ist. Die Hilfsorganisation SOLWODI schätzt die Zahl der zusätzlich aus Osteuropa eingeschleusten Prostituierten auf etwa 40.000.

MENSCHENHANDEL

Allgemein gilt: Menschenhandel und Zwangsprostitution tauchen nur in offiziellen Statistiken auf, wenn sie z.B. durch Razzien der Polizei erfasst werden. Das hat unter anderem zur Folge, dass es lediglich grobe Schätzungen der Internationalen Arbeitsorganisation über die Anzahl der betroffenen Menschen gibt. Demnach fallen weltweit jährlich circa 2,3 Millionen Frauen, Männer und Kinder Menschenhandel zum Opfer, 14.000 davon in Deutschland. Die Dunkelziffer liegt jedoch weit höher. Die dabei erzielten Profite des organisierten Verbrechens werden weltweit auf 32 Milliarden US-Dollar jährlich beziffert. Ein einträgliches Geschäft für Zuhälter und Menschenhändler.

Wo tun sich nun Möglichkeiten zivilcouragierten Handelns auf? Im Hinblick auf die Fußball-WM hat die Organisation SOLWODI eine bundesweite Hotline-Nummer (08 000 111 777) eingerichtet. Diese Telefonnummer ist in erster Linie als Notruf für die betroffe-

nen Frauen gedacht, aber auch als Info-Telefon für sensibilisierte Freier und andere Menschen, die auf Menschenhandel aufmerksam geworden sind. Das heißt, dass wir alle dazu aufgerufen sind, hinzuschauen, wo Menschen möglicherweise Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution sind. Wir müssen uns informieren und vor allem: handeln.

Laut Schätzung der Prostituiertenorganisation „Hydra“ gibt es rund 12 Millionen Freier in Deutschland; jeder fünfte Mann war schon einmal bei einer Prostituierten. Täglich suchen in Deutschland etwa 1,2 Millionen Männer Prostituierte auf. Damit sind es in erster Linie die Freier, die gefordert sind, wahrzunehmen und zu handeln, wenn Frauen zur Prostitution gezwungen werden. Freier, aber auch alle anderen können die Hotline-Nummer weitergeben. Sie können Menschen in Notsituationen vorübergehend aufnehmen, sie an Beratungsstellen weitervermitteln, die Polizei hinzuziehen. Sie können sich für Opfer-, Zeugen- und Abschiebeschutz für betroffene Frauen einsetzen, mutig und klar gegen (sexuelle) Ausbeutung und Sexismus Stellung beziehen. Darüber hinaus gibt es Initiativen, die z.B. Aufklärungsarbeit in den Herkunftsländern der betroffenen Frauen unterstützen. Wichtig ist auch, die Veranstalter und die Kommunen bei Großveranstaltungen wie WM oder Olympiade in den Kampf gegen Menschenhandel mit einzubeziehen. Solange sich Bürger nicht engagieren und beschweren, reagieren Politik und Vereine schwerfällig und unwillig: Der DFB versuchte beispielsweise zunächst, die Anti-Menschenhandels-Aktion von SOLWODI zur WM totzuschweigen. Als die Hilfsorganisation für Frauen in Not aber die Presse informierte,

kam der größte deutsche Vereinsverbund auf sie zu.

TEXTILIEN

Ein zweiter menschenrechtlicher Aspekt der großen Sportereignisse wie der WM sind die Bedingungen, unter denen die Sportkleidung für Fußballer – und uns alle – hergestellt werden. Seit den 80er-Jahren lassen Konzerne wie Adidas und Puma ihre Produkte in so genannten Billiglohnländern produzieren. Das bedeutet vielfach Hungerlöhne für die ArbeiterInnen, Verstöße gegen Arbeitsrechte, Verwehren gewerkschaftlicher Zusammenschlüsse, Kinderarbeit und Missachtung ökologischer und sozialer Standards. „Fashion-Kolonien“ ist ein Begriff für diese boomende Bekleidungsindustrie in vielen Ländern Asiens, Afrikas und Mittelamerikas, aber auch Osteuropas. Zivilcourage zeigen in diesem Falle vor allem die ArbeitnehmerInnen dieser Länder, die sich trotz zumeist extremer Armut und großer persönlicher Risiken für ihre Rechte einsetzen.

In Deutschland können wir diesen Kampf um gerechte Arbeits- und Lebensbedingungen unterstützen, indem wir nach den Herstellungsbedingungen der hier beworbenen und verkauften Sportartikel fragen, uns und andere informieren, protestieren und boykottieren – nicht zuletzt mittels unserer Kaufkraft. Wir können fair produzierte und gehandelte Produkte kaufen sowie Kampagnen wie die für saubere Kleidung (CCC – Clean Clothes Campaign) unterstützen. So kann jeder seinen Beitrag dazu leisten, dass wir Vergnügungsveranstaltungen wie die Weltmeisterschaft nicht auf dem Rücken zwangsverschleppter Frauen und verarmter Arbeitnehmer in Asien austragen.

Erinnerung unerwünscht

(Klaas Kohlhoff, Leipzig) Beim Bauerdorf Engerhufe in Ostfriesland war zur Nazizeit ein KZ. Der Künstler Herbert Müller thematisierte das Grauen in seinen Werken und hat sich nun ganz der KZ-Thematik zugewandt. Seine Kunstwerke stießen bei den Gemeindevertretern auf Unwollen - aber Müller ließ sich nicht beirren.

Ich möchte einen Fall von Zivilcourage dokumentieren, der sich in meinem Heimatort, einem kleinen Bauerdorf in Ostfriesland, abgespielt hat und dessen Ursache bis in das Jahr 1944 zurückreicht. In diesem Ort lebt ein Künstler, der dafür bekannt ist, die Landschaft dieser Region in einer sehr einfühlsamen und doch eigenwilligen Art zu interpretieren: In vielen seiner Gemälde zeigt sich gleichzeitig die ganze Bedrohlichkeit, fast Lebensfeindlichkeit der Naturgewalten dieser Region an der Küste der Nordsee und die Geborgenheit, die das Land seinen Einwohnern bietet. So treffen tiefschwarze Gewitterwolken auf ein goldgelbes Getreidefeld und etwas unterhalb des Horizontes sieht der Betrachter ein rotes Bauernhaus das von buschigen tiefgrünen Bäumen gesäumt ist.

KZ NEBEN KIRCHE

In dieser Region, in diesem Ort, in dem Herbert Müller seine Bilder

malt, begann vor ungefähr 62 Jahren die oben erwähnte Geschichte: Am 21.10.1944 wurde hier, in unmittelbarer Nachbarschaft zur Dorfkirche, ein Konzentrationslager errichtet, das als Außenstelle des Konzentrationslagers Neuengamme dienen sollte. Das Barackenlager, das sich im Pfarrgarten des Dorfes befand, diente bis dahin ‚Fremdarbeitern‘ als Behausung und wurde nun mit Zäunen umgeben, die unter elektrischer Spannung standen, um eine Flucht der Häftlinge zu verhindern. Zusätzlich errichtete die Lagerverwaltung vier Wachtürme, die später mit SS-Wächtern besetzt wurden. Die Häftlinge des Lagers mussten einen Panzergrabens um die Kreisstadt Aurich ausheben. Zwei Monate wurden hier 2000 Männer gefangen gehalten, die in einem harten Winter, mit unzureichender Bekleidung, schlechter Ernährung und unter grausamer Behandlung schwere Arbeit verrichten mussten. Auf diese Weise wurden 188 von ihnen zu Tode

gequält. Unter ihnen waren 68 Polen, 47 Niederländer, 21 Letten, 17 Franzosen, neun Russen, acht Litauer, fünf Deutsche, vier Esten, drei Belgier, drei Italiener, ein Spanier, ein Tscheche und ein Däne. Die Namen der zu Tode Gekommenen wurden von der Lagerverwaltung jeden Tag auf Totenzetteln festgehalten und ihre Körper in Massengräbern vergraben.

ERINNERUNGSARBEIT

Erst einige Jahre nach Kriegsende, 1952, wurden die Leichname der Toten exhumiert und den zu Tode Gequälten ein menschenwürdiges Begräbnis zuteil. Da von dem KZ nichts außer den Totenzetteln erhalten ist, die nach Kriegsende in den Kirchenbüchern gefunden wurden, ist es den Heimatforschern Martin Wilken und der Historikerin Elke Suhr zu verdanken, dass vieles von der Geschichte des Lagers bekannt wurde. 1988 nahmen sich Joao Neves und Herbert Müller, die beide als Lehrer am Gymnasium der Kreisstadt Aurich arbeiteten, der Thematik an und versuchten, zusammen mit ihren Schülern ein Projekt ins Leben zu rufen, das zum Ziel hatte, ein Mahnmal mit Inschriften der Namen der Ermordeten zu entwerfen und in Engerhufe aufzustellen. Bis dahin gab es in Engerhufe lediglich einen Gedenkstein mit der Inschrift *Den Opfern des Faschismus*, der an die Verbrechen erinnerte. Neves hatte einen persönlichen Bezug zu diesem Thema, da er selbst in Portugal während der Diktatur des autoritären Herrschers Salazar eine Zeit seines Lebens in einem Konzentrationslager verbracht hatte. Als Neves und Müller sich aber mit ihren Schülern und den fertigen Entwürfen an die kommu-

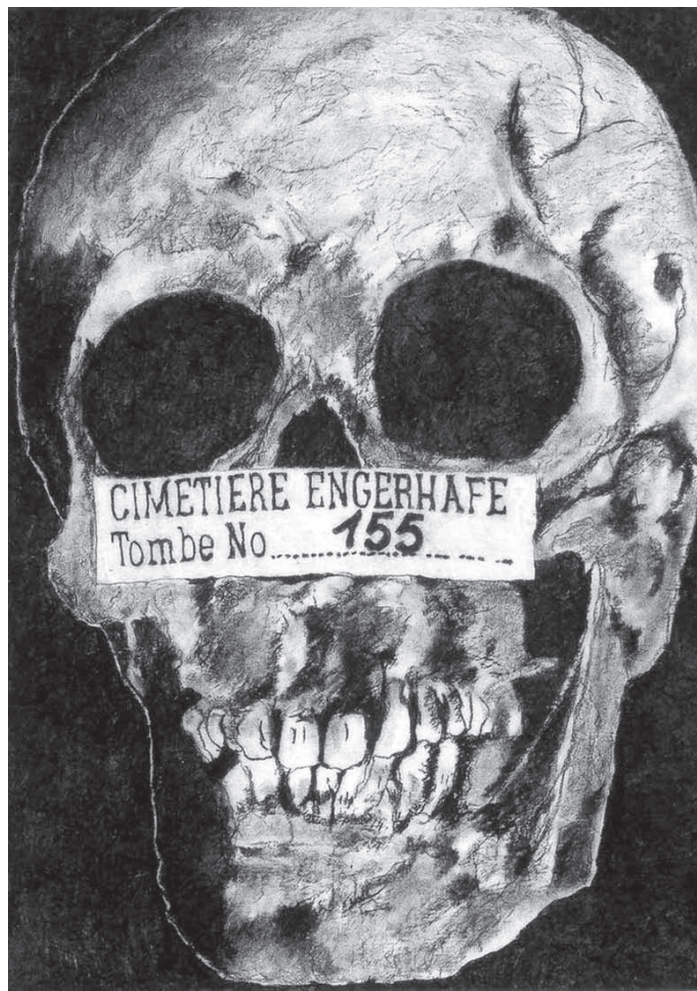


Mahnmal mit den Namen der 188 Opfer des Lagers Engerhufe.

nenalen Politiker wandten, mussten sie feststellen, dass das, was als Verneigung vor den Toten gemeint und auch im Sinne der Gemeinde und ihrer Bewohner gedacht war, von den Politikern überhaupt nicht erwünscht wurde. Unerwartet und umso härter vor den Kopf gestoßen, wurde den Schülern und ihren Lehrern von den Politikern unverblümt gesagt, dass man sich an die Vorkommnisse, die sich damals in Engerhafe abgespielt haben, nicht öffentlich erinnern wolle.

„WUT UND HILFLOSIGKEIT“

Das, was Müller damals empfand, beschreibt er als „Mischung aus Wut und Hilflosigkeit“. Diese Art der bewussten Geschichtsverdrängung bezeichnet er heute als typisch dafür, wie in der Gemeinde – auch von Seiten der Bevölkerung – mit der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft umgegangen wird. Die Menschen aus Engerhafe haben das Elend der Häftlinge gesehen und es ist bekannt, dass auch Menschen aus der Nachbarschaft als Bedienstete in dem Lager arbeiteten. Das sieht Müller als Hintergrund für den heutigen Umgang mit dem Geschehenen: „Man will sich an die eigene Mitschuld oder die der Elterngeneration nicht erinnern.“ Von den negativen Erfahrungen angeregt, machte sich der Künstler 1989 daran, eine Reihe von Aquarellen der Thematik des „Konzentrationslagers im Pfarrgarten“ zu widmen. Unerwartet konnte dann 1990 das zwei Jahre zuvor begonnene Projekt einer Gedenkstätte doch abgeschlossen werden: Die Bezirksregierung im 200 Kilometer entfernten Osnabrück hatte beschlossen, dass den Opfern des Lagers mit einem Mahnmal gedacht werden müsse. So wurde zwar der Entwurf der Schüler umgesetzt, bei der Eröffnung wurde ihr Einsatz aber nur dadurch gewürdigt, dass sie anwesend sein durften. Wer sich für den Bau



Schädelportrait Nr. 155, Kohlezeichnung von Herbert Müller.

der Gedenkstätte eingesetzt hatte, wurde von den kommunalen Politikern verschwiegen.

CHRISTLICHES BEGRÄBNIS FÜR DIE TOTEN

Als 1994 der 50. Jahrestag des Kriegsendes anstand, kam man das erste Mal von Seiten der Gemeinde auf Müller zu. Aufgrund von Anfragen von außerhalb hielt man es für nötig, zu diesem Anlass an das Lager zu erinnern. Deshalb gründete die Stadtverwaltung zur Organisation einer Gedenkveranstaltung einen Verein und betraute Müller mit der künstlerischen Ausgestaltung. Gemeinsam mit zwei Kollegen machte sich Müller daran, eine Ausstellung in einem Gutshof zu planen, der dem ehemaligen Lagertor direkt gegenüber lag. Um eine angemessene künstlerische Form für das Gedenken an die Geschändeten zu

schaffen, erinnerten sich die drei Künstler an einen alten vorchristlichen Brauch, der noch im Neuen Testament eine große Rolle spielt: zu damaliger Zeit war es Sitte, Tote in ein Grabtuch zu hüllen, um sie zu ehren. Auch Christus wurde nach der Kreuzigung in ein Grabtuch gelegt. Aus diesem Brauch entstand in der christlichen Kunst eine Tradition: Es wurden Bilder von (Gesichts-)Abdrücken geschaffen, wie etwa das Schweiß-tuch der Heiligen Veronika. Auf das Motiv dieser christlichen Tradition zurückgreifend schufen die Künstler eine Installation, indem sie für jeden der 188 Toten nachträglich ein Grabtuch mit einem Körperabdruck herstellten. In der Ankündigung zur Gedenkveranstaltung schreiben sie: „Die Installation soll den Schrecken der Vernichtung der KZ-Häftlinge versinnbildlichen und den Getöteten einen Teil ihrer Würde zurückge-



„KZ und Kirche“, 2000 auf Grundlage von Augenzeugenberichten entstandene Kohlezeichnung von Herbert Müller.

ben.“ So wurde der Gulfhof in ein „Mahnmal auf Zeit“ verwandelt.

INTERNATIONALER ERFOLG

Als der Künstler die Ausstellung auf Anregung des Leiters der Volkshochschule in Aurich 2002 erneut an dieser Stelle ausstellen wollte, wurde dies durch die Gemeinde abgewiesen und man sah sich gezwungen, die Ausstellung in einer anderen Gemeinde zu organisieren.

Inzwischen hat Müller verschiedene Projekte zu diesem Thema realisiert: Neben den Aquarellen und Grabtüchern zeichnete er großformatige Bilder von Schädeln, für die er Fotografien von den 1952 exhumierten Leichnamen als Vorlage nahm. Die Ausstellungen wurden an verschiedenen Orten gezeigt: So gelang es, die Grabtücher in der Gedenkstätte des Konzentrationslagers Neuengamme auszustellen

und zwei Ausstellungen in den Niederlanden zu organisieren. Zu einer dieser Ausstellungen lud die niederländische Stiftung „Herdenking 4. Mei“ („Gedenken an den 4. Mai“) ein. Dass diese Stiftung ausgerechnet einen deutschen Künstler zum Gedenken an die Opfer einlädt, bezeichnet Müller als „große Ehre“. 2004 brachten die Künstler die Werke nach Jekaterinburg, wo mit einer Ausstellung des 60. Jahrestages des Kriegsendes gedacht wurde.

BESUCHER BEEINDRUCKT, POLITIKER ZURÜCKHALTEND

Die Reaktionen von Seiten der Besucher bezeichnet Müller als durchweg ermutigend und er hat inzwischen eine große Resonanz auf seine Form der Geschichtsbearbeitung bekommen. So kam zur Ausstellung in Neuengamme ein Mensch aus Israel angereist,

der Häftling in Engerhufe war und im Anschluss an den Besuch der Ausstellung den Initiator mit einem privaten Besuch in seinem Bauernhof beehrte. Von Seiten der Opferverbände kamen Anfragen, die Bilder für Publikationen zu verwenden und auch im Internet-Lexikon „Wikipedia“ wird der Artikel zum KZ Engerhufe von einem Bild Herbert Müllers illustriert.

Durch seine Kunst ist es Müller gelungen, diesem schwarzen Teil der Geschichte seines Ortes ein Gesicht zu geben. „Fotos existieren nicht und durch meine Kunst wollte ich die Geschehnisse gegenständlich und nachvollziehbar machen“, erklärt der Künstler sein Werk.

Die Thematik ließ Müller während der vergangenen 17 Jahre nicht mehr los und zwischen 1989 und 2005 kehrte er in regelmäßigen Abständen immer wieder zu ihr zurück und entwickelte immer neue Sichtweisen auf das Thema. Zur Zeit laufen Gespräche, eine dauerhafte Stätte der Erinnerung in der Umgebung des Lagers zu schaffen, doch müssen diese Pläne wohl noch einige Widerstände innerhalb der Gemeinde überwinden, bevor sie umgesetzt werden können.

Müller selbst bezeichnet sein Engagement nicht als Zivilcourage, er meint, das wäre ein zu großes Wort. Der Künstler überzeugt durch seine klaren und ehrlichen Aussagen. Es liegt in seiner Weltanschauung, die Dinge beim Namen zu nennen: „Alles gehört zu dieser Welt, die Schönheit der Natur und die Schatten der Vergangenheit. Das eine geht nicht ohne das andere.“ Dies zeigt sich in seinen Landschaftsportraits ebenso wie in seinem Engagement für die Erinnerung an das Lager.

Wie soll man dieses Engagement gegen Widerstände und für die eigenen Moralvorstellungen nun nennen? Ich glaube, „Zivilcourage“ ist das richtige Wort.

„Tapferkeit des Herzens“ und „Seelenstärke“

VON DER PHILOSOPHIE ÜBER DIE ETHIK ZUR ZIVILCOURAGE UND ZURÜCK

(Gunter Deuber, Bayreuth) Scheinbar haben Philosophie oder Ethik mit Zivilcourage wenig zu tun. Überspitzt formuliert: Philosophie ist blanke Theorie, Zivilcourage reine Praxis. So einfach stimmt das jedoch nicht. Denn allen dreien geht es um Vernunft und moralisches Handeln. Oder um „Tapferkeit des Herzens“, um es mit den Worten des Rechtsphilosophen Arthur Kaufmann zu sagen.

Der Aufsehen erregende Protest des jungen Tschechen Jan Palach gegen die einrückenden Sowjetpanzer im Prager Frühling 1968 ist ein Bild der Zeitgeschichte. Palach verbrannte sich selber. War das Handeln des jungen Mannes zivilcouragiert? Der Reichsgründer Bismarck, Altkanzler Helmut Kohl oder Altbundespräsident Johannes Rau benutzten den Begriff der Zivilcourage bei Auftritten in der Öffentlichkeit, Publizisten und Politiker gebrauchen das Wort fast inflationär. Teilaspekte der Zivilcourage beschäftigen Philosophie und Ethik seit jeher. Es drängt sich die Frage auf: Können die großen Denker und „Philosophenkönige“ uns näher bringen, was Zivilcourage ausmacht?

NÄCHSTENLIEBE UND PHILOSOPHIE

Die religiösen Worte „Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst.“ und „Alles nun, was ihr wollt, daß euch die Leute tun sollen, das tut ihr ihnen auch.“ sind vermutlich schon jedem im Leben zu Ohren gekommen. Gemäß dem arabisch-spanischen Denker des Mittelalters Averroes ist Religion bildliche Philosophie für das Volk. Das ethisch-moralphilosophische Pendant zur biblischen Nächstenliebe wäre Immanuel Kants Satz aus der „Metaphysik der Sitten“: „Handle nur nach derjenigen Maxime, durch die du zugleich wollen kannst, dass sie ein allgemeines Gesetz werde.“ So alltagsfern sind Philosophie und Ethik also nicht. Und genau im Alltag wird uns schnell bewusst, dass wir das Verhalten unserer

Mitmenschen nach solchen oder ähnlichen Vorstellungen und moralischen Kriterien bewerten. Schnell wird alsdann klar, dass einem selber Verantwortung für das eigene Handeln zukommt.

SUCHE NACH GUT UND BÖSE

Doch nach welchen moralischen Maßstäben urteilen wir, wenn wir überspitzt formuliert über Gut und Böse urteilen? Und vor allem: Wann tut es Not, couragiert Verantwortung zu übernehmen, einzugreifen, sich zu wehren, gegen Vertuschung das Wort zu erheben und mit Moral „Nein“ zu sagen und so zu vermeiden, zum Mittäter zu werden – eben Zivilcourage an den Tag zu legen? Auf jeden Fall könne „Civilcourage nur aus der freien Verantwortlichkeit des freien Mannes erwachsen“, so der protestantische Theologe Dietrich Bonhoeffer einst. Möglicherweise sind die Philosophie und ihre Teildisziplin, die Ethik, damit in der Lage, Licht in das Dunkel rund um den schillernden Begriff der Zivilcourage zu bringen, denn sie widmen sich zwei zentralen Begriffen des Bonhoefferschen Ausspruchs: der Freiheit und der Verantwortung. Einfach gesprochen steht Philosophie für freiheitsorientierten, radikalen Zweifel, für die Suche nach Wahrheit und Vernunft in einer Welt mit ideellen Werten und Tugenden sowie für Suche nach Seelenruhe. Die Ethik steht grob gesprochen für praktische Philosophie, Sittlichkeit und als Angewandte Ethik für gut begründetes, verantwortliches Handeln im normalen Leben. Die Ethik

macht darauf aufmerksam, dass Vernunft und moralisch-soziale Kompetenz Quell der Humanität und des Lebens sind. Aristoteles formulierte trefflich, dass die Praxis Voraussetzung und Ziel der Ethik zugleich sei. Die auf das reale Leben zielende Zivilcourage vereint die Vernunft der Philosophie mit der Sittlichkeit der Ethik und unterstreicht vortrefflich, dass sich niemand aus seiner sozial-moralischen Verantwortung als Mensch und Mitbürger stehlen kann.

SCHNITTMENGE VON ZIVILCOURAGE, PHILOSOPHIE UND ETHIK

In fast allen politischen Lagern ist der Begriff der Zivilcourage in aller Munde, wie auch in der populärwissenschaftlichen Literatur. „Zivilcourage“ wird geradezu inflationär gebraucht. Beispielhaft dafür schrieb John Fitzgerald Kennedy in den 1950ern ein Buch mit dem Titel „Profiles in Courage“, im Deutschen mit „Zivilcourage“ etwas zu frei übersetzt, das noch heute ein Klassiker ist. Unlängst forderte Altkanzler Helmut Kohl in der Polit-Talksendung „Münchener Runde“ mehr Zivilcourage von Politikern. Sucht man in Anbetracht solcher Begriffsverwirrung und zahlloser Rufe nach Zivilcourage in Schriften über Vernunft und Sittlichkeit, sprich Werken der Philosophie und Ethik oder fachwissenschaftlichen Enzyklopädien beider Disziplinen nach der Zivilcourage, macht sich Ernüchterung breit. Ebenso wenn man ähnliche Worte wie öffentlicher, ziviler oder sozialer Mut sucht. Obwohl sich

die Sozial- und Rechtsphilosophie, die Politische Philosophie, die Moralphilosophie, die Angewandte Ethik und hier vor allem die Sozialethik durchaus mit Themenkreisen befassen, die mit Zivilcourage in Zusammenhang stehen, meiden sie alle den Begriff. Ist Zivilcourage etwa zu praxisnah – im Jargon der Philosophie gesprochen mit „zuviel Lebensweltbezug“ – und damit zu schwer zu fassen? Fehlt es an eigener Courage oder bringt die Beschäftigung mit Zivilcourage dem Fachwissenschaftler zu wenige Meriten? Das mag sein. Dennoch sind Philosophie und Ethik durchaus in der Lage, Licht ins Dunkel rund um die Zivilcourage bringen – wenn man sie dort abholt, wo sie bisher Denkanstöße gaben. Mindestens in vier von Philosophie und Ethik beleuchteten Themenkreisen finden sich nützliche Fingerzeige auf das, wofür Zivilcourage stehen könnte. En detail sind dies: die Menschenrechte, die Bürgerpflichten, der zivile Ungehorsam und der Widerstand.

MENSCHENRECHTE: VERPFLICHTUNG ZUR COURAGE

Schon die griechische Philosophie kannte ein jedem Menschen ewig zukommendes Recht. Die Denker der Aufklärung oder auch Theologen jener Epoche, die sich gegen den unqualifizierten Absolutismus stellten, formulierten dies konkreter. Allen voran Kant, der die Emanzipation von selbstverschuldeter Unmündigkeit forderte. Die selbstverschuldete Unmündigkeit krankt nach Kants Worten nicht am Mangel an Verstand, sondern am Mangel an Entschließung und Mut. Grundsätzlich formulierten die Denker der Aufklärung: Jedem Mensch als Vernunftswesen – egal in was für einer Gesellschaft er auch lebt – kommt ein unbedingter Anspruch auf Unversehrtheit, Selbsterhalt und Selbstbestimmung zu. Konkret bedeutet dies ein Recht auf Leben; ein Leben in Würde, Freiheit und Sicher-

heit, damit wohl auch mit dem Recht auf Eigentum. Zu diesen unbedingten moralischen Freiheits- und Abwehrrechten kamen im Laufe der Zeit noch strittigere soziale Anspruchsrechte, wie etwa das Recht auf Existenzsicherung, Bildung oder freie Berufswahl hinzu. Gemäß dem Menschenrecht als ewigem Recht ist die Quintessenz klar: Menschenrechtsschutz und -durchsetzung ist eine Daueraufgabe. Da Menschenrechte für jeden gelten, kann sich im Umkehrschluss kein Mündiger aus dieser Verantwortlichkeit stehlen. Ein einmal mündig-couragiert erworbener Lorbeerkranz entbindet nicht von einer Daueraufgabe; einmaliges couragiertes Verhalten ist keine Entschuldigung für Lethargie, Schweigen, Feigheit und damit Unmündigkeit.

RECHTE UND PFLICHTEN

Postwendend erkannten emanzipatorische Denker der Moral und Sittlichkeit, dass das Recht auf Selbstbestimmtheit und Freiheit für das autonome Individuum bedeutet, in wesentlichen Dingen selber zwischen Gut und Böse wählen zu müssen. Dank tugendethisch richtigem Handeln und (Bürger-)Tugenden als Eigenschaften des Handelnden steht der Weg zum Guten nach Aristoteles jedem Menschen offen. Aber ganz so viel Wahl zwischen Gut und Böse, zwischen Ja und Nein bleibt ohnehin nicht, denn als Individuum in einer Gemeinschaft kommen einem nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten zu. Mit dem Begriff der Staatsbürgerpflicht(en) verband der Sokratesschüler Platon seine Gedanken zur Pflicht gegenüber den Gesetzen. Aus dem alleinigen Leben in Gemeinschaft leitete Platons Sokrates während der Gerichtsverhandlung gegen ihn (Anklage: zu viel Wahrheitssuche) eine moralische Verpflichtung her, Regeln der Gesellschaft zu folgen. Auch wenn der Bürger nicht zu allem sein „Ja“ geben könne. Außerdem stehe einem ja der Weg

zur Änderung der Gesetze offen, meinte Sokrates. Und falls das eigene Anliegen keine Berücksichtigung findet, dann könne man eben immer noch die Koffer packen und das Weite suchen.

PATRIOTISMUS UND MITLÄUFERTUM

Soweit Argumente einer denkbaren Bürgerpflicht, die fast an den Rechtspositivisten erinnern, der nahezu alles, was nach juristischen Gesetzen vollzogen wird, für moralisch richtig und verpflichtend ansieht. Ein Gutsein ist gemäß solch einer Jurisprudenz ohne Ethik einfach. Die NS-Zeit ist ein unheilvolles Beispiel dafür, dass eine übersteigert rechtspositivistische Grundhaltung in radikalem Patriotismus à la „My country, right or wrong“, ja in moralisch verwerflicher Pflichterfüllung und abscheulichem vorauseilendem Autoritätsgehorsam und Mitläufertum enden kann. Einen Juden zu verstecken mag in Deutschland damals Unrecht gewesen sein – das Meldegesetz hätte zum Melden verpflichtet – und doch wäre es moralisch rechtens gewesen, den Juden nicht den Behörden zu melden. Einen Juden in der Nachbarschaft hätte niemand denunzieren müssen. Anders als viele andere Unrechtsregime musste das NS-Regime aber um seine gefühls- und wertblinden Denunzianten keinesfalls werben. Nicht umsonst formulierten die Richter der NS-Kriegsverbrecherprozesse folgerichtig in Nürnberg, der Stadt, in der Heerscharen Deutscher Hitler auf den NSDAP-Parteitag feierten: „Ein Mensch kann unter gewissen Umständen dafür verantwortlich gemacht werden, nicht gegen die Gesetze seines Landes verstoßen zu haben.“ Mit ähnlicher Intention schrieb der Parlamentarische Rat dem Deutschen Volke 1949 eine Verantwortung vor Gott und den Menschen in die Präambel seines Grundgesetzes.

ZIVILER UNGEHORSAM

Selbst Platon sah schon kritische Aspekte eines Zuviels an Bürgerpflicht. Alles was in Gesetzesform gegossen ist, ist nicht per se legitim – weiter gedacht, was nicht als Gesetz gefasst ist oder gegen allzeit gültige Menschenrechte verstößt, noch weniger. Modernere Denker wie Henry David Thoreau, John Rawls, Ronald Dworkin, Jürgen Habermas oder Francis Schaeffer in seinem Werk „A Christian Manifesto“ prägten den Gegenpart zu radikalem Patriotismus und einer unhinterfragten Bürgerpflicht: die Idee des „zivilen Ungehorsams“. Er folgt keiner Rechtsnorm, sondern nur letzten Endes bindenden Moralprinzipien. Erwähnten Denkern folgend kann ziviler Ungehorsam als Protest gegen staatliche Entscheidungen – wenn ethisch fragwürdig – rechtens sein. Ziviler Ungehorsam steht für eine bewusste, öffentliche, gewaltlose, gewissensbasierte und gesetzeswidrige Handlung. Er scheint gegen wesentliche und augenfällige Ungerechtigkeiten nach Ausschöpfung der legalen Wege und reiflicher Überlegung als legitim. Ziviler Ungehorsam steht für einen subjektiven Appell an den Gerechtigkeitssinn und die Einsichtsfähigkeit der Mitmenschen. Als politisches Instrument ist er Schubkraft politischen Wandels und hat eine Korrektur von wesentlichen Ungerechtigkeiten zum Ziel. Auf die gesetzeswidrige Tat soll die moralische Einsicht der Mehrheit folgen. Die Folgen des inopportunen Weckrufes durch Gesetzesbruch, ob Benachteiligung oder gar Strafe, sind zu akzeptieren. Gerade das macht die moralische Kraft des zivilen Ungehorsams aus. Bei der Berufung auf Gewissensgründe rekurriert der zivile Ungehorsam letztendlich auf höheres Recht, spricht auf die Menschenrechte – oft auch auf ihre modernere Interpretation als soziale Anspruchsrechte, die über reine Abwehrrechte hinausgehen. Die Idee und Taktik des zivilen

Ungehorsams war eine Inspirationskraft für viele Widerstands- und Befreiungsbewegungen. Vom kolonialen Indien Mahatma Ghandis über das koloniale Afrika und die Befreiungsbewegungen Mittel- und Südamerikas bis hin zur der Bürgerrechtsbewegung der Schwarzsamerikaner um Martin Luther King; von den heißen bundesdeutschen Protestzeiten gegen die Atomrüstung des Kalten Krieges bis zu den de jure illegalen Protesten belarussischer Jugendlicher gegen Wahlfälschungen in Minsk (auch die belarussischen Demonstranten ließen sich ohne Widerstand abführen). Ziviler Ungehorsam ist das Gegenteil von Überanpassung, von unhinterfragtem und unverantwortlichem Autoritätsgehorsam. Er steht für Mut zur Nonkonformität und ist mehr als willkürliche Verweigerung und unüberlegter Gesetzesbruch.

RECHT AUF WIDERSTAND

Schon der Definition nach ist der zivile Ungehorsam eher in einem intakten Rechtsstaat praktikabel und damit eine Idee für eine demokratische, ja fast gerechte Gesellschaft – ausgenommen eben den punktuellen Stein des Anstoßes. Gibt es die nahezu gerechte Gesellschaft nicht, dann kennen Philosophie und Ethik schon seit der Antike die Idee des Rechts auf Widerstand. Mit der Idee des Widerstands ist fast wieder der Ausgangspunkt der Menschenrechte erreicht. Christliche Denker der französischen Calvinisten, deren moderne Anverwandten wie Erich Fromm und Paul Tillich oder schon die Denker der Aufklärung kannten ein staatlichem Recht vorgelagertes Recht auf Widerstand, wenn Menschenrechte verweigert werden. In Abgrenzung zum zivilen Ungehorsam kann sich Widerstand aktiv und unter Einsatz körperlicher Gewalt vollziehen. Überhaupt sind die Formen des Widerstands facettenreich. Er kann seit der Antike „Tyrannenmord“ bedeuten oder auch passiv in Form

von Untätigkeit geleistet werden. Schon Verweigerung ohne große Öffentlichkeitswirkung ist ein Akt des Widerstandes. Ein so Handelnder will nicht selber zum Täter werden und nimmt die damit verbundene Benachteiligung bewusst in Kauf.

UNTERSCHIEDE ZWISCHEN WIDERSTAND UND ZIVILCOURAGE

Zivilcourage setzt ebenso wie der zivile Ungehorsam oder der Widerstand Aktivbürger mit Wertüberzeugungen voraus. Der soziale Ort des zivilcouragierten Handelns ist die gleiche Öffentlichkeit, an die sich der Widerstand richtet. Zivilcourage und Widerstand gehen beide vom eigenen Gewissen aus. Auch zivilcouragiertes Handeln kann spontan oder organisiert sein, kann alleine oder in der Gruppe stattfinden. Ansonsten ist bis dato allerdings noch nicht viel gewonnen. Denn sowohl das Recht auf Widerstand als auch die Idee des zivilen Ungehorsams richten sich primär gegen Staatshandeln und greifen damit zu kurz, wenn es um Zivilcourage geht.

Dennoch lassen sich aus den vorigen Argumentationen Gedanken herauskristallisieren, die zur Beschreibung des Zivilcourage-Begriffs inklusive dessen Grenzen dienlich sein können. Auch Zivilcourage bedeutet nicht Gutdünken und muss sich wie ziviler Ungehorsam und Widerstand an allzeit und überall gültigem Menschenrecht und an daraus abgeleiteten moralisch-humanitären Überlegungen orientieren. Zivilcourage steht für das Recht auf Leben und für ein Leben in Würde, für sich selber und für andere. Ob nun bei der Rettung eines Kindes aus einem lodernen Asylantenheim, beim Mundaufmachen gegen sexuelle Belästigung in der Metro, am Arbeitsplatz oder beim „Nein“ zur Informantenrolle in einem System, das auf Denunziation setzt, oder beim „Nein“, um selbst nicht Täter

bei Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu werden.

ZIVILCOURAGE IST SPONTAN

Bestenfalls vollzieht sich zivilcouragiertes Handeln gewaltfrei und ist verständigungsorientiert. Zivilcourage kann in der Öffentlichkeit stattfinden und muss keinesfalls gegen gültiges Recht verstoßen. Falls nötig scheint aber wie beim zivilen Ungehorsam und bei Widerstand auch ein Gesetzesübertritt legitim. Strafe oder soziale und berufliche Nachteile sind so oder so zu akzeptieren, auch wenn genauso wie beim zivilen Ungehorsam auf bedachte Milde spekuliert werden darf. Zivilcourage kann gewaltlos, höflich, anständig und liebevoll sein, aber muss es nicht. Unter Umständen kann wie beim Widerstand aktives und gewaltsames, zumindest körperbetontes Eingreifen Not tun. Der Natur der Sache nach steht Zivilcourage eben nicht nur für ausgearbeiteten Protest gegen das politische Gemeinwesen und dessen grobe Ungerechtigkeiten. Zivilcourage steht zunächst für Hilfeleistung, für den Schutz von Leib und Leben anderer Menschen im Alltag und in offensichtlichen Täter-Opfer-Situationen, die leider meist auch tatenlose Zuschauer kennen. In solchen Notlagen erfordert Zivilcourage „einfach“ nur ein Nein ohne Toleranzschwelle gegen das Handeln Einzelner. Zivilcourage steht für spontanes Handeln unter Handlungsdruck abseits langer Wege, bevor das Kind buchstäblich in den Brunnen gefallen ist. Zu viel reifliche Überlegung kann hier fehl am Platze sein. Einfach das Weite suchen, nicht eingreifen, sich nicht einsetzen, sich nicht wehren und somit gar nichts tun sowieso.

MUT OHNE MEDIEN

Zivilcourage steht für Handeln. Ob gewollt oder nicht, geht damit wie beim zivilen Ungehorsam

und beim passiven oder aktiven Widerstand immer ein mehr oder weniger versteckter oder gar offener Appell an die anderen einher. Trotz gesellschaftlicher Relevanz, Symbolcharakter und möglicher Schubkraft für politischen Wandel steht Zivilcourage dennoch nicht unbedingt für großen, organisierten und medial wirksamen Protest gegen politische Problemlagen und wesentliche Ungerechtigkeiten – auch wenn hier Zivilcourage vonnöten sein kann. Zivilcourage erschöpft sich nicht in Sit-ins, Sit-downs oder Go-ins oder einer märtyrerhaften Selbstverbrennung wie im Prager Frühling à la Jan Palach, die einen selber zum Opfer macht. Zivilcourage steht gleichermaßen für vermeintlich kleine, stille und doch menschlich große Helden, die durchaus überleben dürfen. Zivilcourage lebt von Verweigerern ohne gewollten Platz in der Geschichte. Die Zivilcourage lebt von ihren Protagonisten ohne Gedenkstein und Ehrenmal. Und das ist auch gut so, denn Zivilcourage steht zunächst für die Wahrheit vor sich selber.

MENSCH SEIN

Und hiermit wären wir fast wieder beim Ausgangspunkt des Philosophierens angekommen. Diesmal aber bei der eher nüchternen, freiheitsorientierten und ideologiefeindlichen Existenzphilosophie der Moderne. Sie kreist um die Unausweichlichkeit des Daseins – der Mensch muss eben immer entscheiden und handeln – die Authentizität und Wahrhaftigkeit des Menschen vor sich selber und um das Sichtreibleiben im Sinne von Menschsein und Humanität in Grenzsituationen und auch bei der Erfahrung des Absurden. Die Existenzphilosophie war und ist Überlebensquell, Idee und Taktik vieler, die mit Unfreiheit und Ungerechtigkeit konfrontiert waren und doch im Kleinen ein Leben in einer Lichtung der Mitmenschlichkeit und Wahrheit vor sich selber suchten – genannt

seien hier mit Aktualitätsbezug etwa die Dissidentenbewegungen Mittelosteuropas. Sie suchten ihre persönliche Wahrhaftigkeit in der eigenen Lebenswelt, in der „Parallel-Polis“ und ihrer „unpolitischen Politik“. Gedanken der Lebensphilosophie und des Existenzialismus zur Humanität im Lebensalltag boten ihnen Halt und prägen das (theologisch-)existenzialistische Lebenswerk von Theoretikern, Praktikern und Künstlern wie Jan Patocka, Jiří Dienstbier und Václav Havel, Jacek Kuroń, Tadeusz Mazowiecki, Krzysztof Kieślowski und Adam Michnik oder Georg Lukács.

PHILOSOPHIE ALS „MUT ZUM SEIN“

Die zuvor genannten klugen Köpfe oder deren geistige Väter wie Sören Kierkegaard und Jean-Paul Sartre, der selber in der Résistance kämpfte, oder existenzialistisch-religiös inspirierte Denker wie Erich Fromm, Paul Tillich und Karl Jaspers und damit die Existenzphilosophie plus die existenzialistische Ethik stehen heute allerdings nicht unbedingt für den Mainstream ihrer Fächer. Obwohl eine existenzialistische Ethik, die moralisches Engagement des Einzelnen gemäß den Moralprinzipien Freiheit und Solidarität einfordert, recht einfach gestrickt anmutet. Denn die tiefer schürfenden Gedanken der Lebens- und Existenzphilosophie über die Gesamtheit unserer menschlichen Existenz als Einheit von Denken, Wollen, Fühlen und Handeln, als „Seelenstärke“ abseits einfacher Tugendformeln, sind (wissenschaftlich) schwer fassbar. Selbst ihre praktischen Ideen zu kleinen Strukturen des Zusammenlebens und direktdemokratischen Lebensformen scheinen schwer greifbar und muten manchen Kritiker utopisch an. Dass eigene Freiheit als Verweigerung im Kleinen und Wahrheit vor sich selber in existenzialistischen Grenzsituationen gar zur Verweigerung im Großen à la

Palach'scher Selbstverbrennung auf dem Wenzelsplatz anleiten kann, lassen die der Existenzphilosophie nahe stehenden Philosophen Tillich oder Jaspers erkennen. Tillich überschrieb sein Schaffen mit den Worten „Mut zum Sein“. Und da es der Existenzphilosophie und der freiheitsorientierten Daseinsethik um die Wahrung von Unbedingtheiten und sokratisches Vorleben geht, schrieb Jaspers einst trefflich, dass Philosophieren auch sterben lernen heißt.

WAHRHEIT IST NICHT ALLES

Trotz Kraft und Autorität, die aus der Überzeugung von eigenen Aktionen und dem positiven emotionalen Erleben von selbstbewusstem, entscheidungssicherem, integrem Handeln herrühren, geht es bei Zivilcourage gleichwohl nicht nur um die Wahrheit vor sich selber. Es geht um friedliches Zusammenleben, ein Leben in Würde, Gerechtigkeit und demokratische Grundwerte – eben existenzielle Werte der Gemeinschaft wie Humanität und Solidarität. Das klingt banal und doch steht Zivilcourage in praxi immer für einen individuellen Drahtseilakt, für den es gemäß seiner pragmatischen Natur und seinem weiten Handlungsspielraum, damit seiner Verortung in einer gewissen Grauzone, keine kategorischen Grundlagen geben kann. Zivilcourage kann wie der von Philosophen und Ethikern gern angeführte zivile Ungehorsam nicht per se gewaltlos und wohlüberlegt sein. Und gerade deswegen muss sich zivilcouragiertes Handeln davor hüten, nicht von moralischer Überheblichkeit und Willkür geprägt zu sein, um nicht als Dauerprotest mit fanatischem Wahrheitsanspruch zu enden, der eventuell andere Menschen mit Füßen tritt. Ethisch gesprochen darf Zivilcourage nicht in übersteigerter Gesinnungsorientierung münden, sondern steht für ein Wissen um die eigene Verantwortung. Wie

jeder Akt des Nein-Sagens respektive des Widerstandes muss sich Zivilcourage letzten Endes nicht nur vor dem eigenen Gewissen rechtfertigen, sondern Bezug auf die für jeden und überall gültigen Menschenrechte nehmen. Dann ist Zivilcourage ein verdienstvolles und befruchtendes Element, in guten Zeiten der Demokratie und in weniger guten Zeiten. Schon der Verweis auf bessere und schlechtere Zeiten für Zivilcourage zeigt, dass zivilcouragiertes Handeln als moralische Pflicht nicht kategorisch eingefordert werden kann. Denn es bestehen erhebliche Asymmetrien zwischen guten und weniger guten Zeiten.

GUTE ZEITEN...

Mancherorts und in guten Zeiten fast selbstverständlicher Menschenrechte setzt man für zivilcouragiertes Handeln sehr wenig ein. Im Kleinen kann man gegen nahezu alles protestieren und führt sogar große Kämpfe gegen globale Ungerechtigkeit und AIDS in Afrika. Zivilcourage als Einsatz im persönlichen Wirkungskreis gegen versteckte Alltagsgewalt und die vermeintliche Banalität des Guten vor der eigenen Haustür gerät fast in Vergessenheit. Obwohl die abfällige Bemerkung in der Ausländerbehörde, die Pöbelei Rechtsradikaler gegen Behinderte im Bus und am helllichten Tage oder der gewaltsame Übergriff in dunklen Ecken auf offener Straße unmenschlich bleibt. Auch die ärztliche Behandlung der in diesem Heft vorgestellten Ayscha, einer Kurdin aus der Türkei, die ohne Papiere hier lebt, oder die Aufnahme ihrer Kinder in den Kindergarten erfordert Zivilcourage. Hier ist immer noch persönlicher Einsatz und Mut vonnöten, vielleicht gar eine Portion Heldenmut. Da Einsatz und Mut allerdings für das Überwinden von Machtungleichgewichten und persönlicher Angst stehen und immer von einer Person, ihrer Konstitution sowie der Situation selber abhängig

sind, kann Zivilcourage nicht von jedem gleich und kategorisch-verpflichtend eingefordert werden. Sozialwissenschaftliche Studien machen sogar auf Geschlechterunterschiede aufmerksam und legen nahe, dass sich Frauen eher an aktuellem Leid orientieren und Männer an Prinzipien.

...UND SCHLECHTE ZEITEN

In anderen Zeiten oder anderswo war und ist das Risiko des persönlichen Einsatzes schon bei vermeintlich nicht die Welt verändernden „alltäglichen“ Heldentaten unglaublich groß – wie auch das Schicksal des in diesem Band geschilderten Dorfpfarrers Wolfgang Niederstraßer illustriert. In unheilvollen Zeiten kann schon ein Brief, eine Rede, eine literarische oder filmische Satire über die Kluft zwischen Idealen und Wirklichkeit, ja schon ein Witz couragiertes Handeln bedeuten. Äußerst unauffälliges Nicht-Mitsingen beim staatlich inszenierten Gemeinschaftsakt in Uniform oder der nicht geleistete Fahngruß in Schule oder Betrieb erfordern hier ebenso Mut und mögen weitreichende Folgen der Benachteiligung und Bestrafung nach sich ziehen – müssen es aber nicht, wie zahlreiche Beispiele der Geschichte lehren.

STILLE HELDEN

Die bisherigen Illustrationen offenbaren, dass es in der Natur der Zivilcourage liegt, dass sie anders wahrgenommen wird als umtriebiger ziviler Ungehorsam oder großer aktiver Widerstand. Protagonisten des zivilen Ungehorsams erregen die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit, erhalten große Ehrungen, werden gar Politiker oder veröffentlichen Bücher. Dicke Bücher über aktive Widerständler, von Historikern mit Renommee geschrieben, füllen die Regale der Bibliotheken und werden gar zum Filmepos. Die Protagonisten der Zivilcourage sieht man selten

so inszeniert. Die mitmenschliche Tat im Alltag füllt in guten Zeiten eher die Lokalnachrichten und in unheilvollen Zeiten eher die Gerichtsakten. Meist erfährt man von den Helden der Zivilcourage, wie etwa der in diesem Heft vorgestellten Marina Schubarth, zu Unrecht nur durch Mundpropaganda. Zwar gibt es auch für zivilcouragiertes Handeln mittlerweile eine gewisse Anerkennungskultur, beispielsweise den bundesweit beachteten Theodor-Heuss-Preis, der nicht nur an bekannte Namen vergeben wird. Ebenso gibt es Preise von Städten und Gemeinden, die an den Otto-Normalbürger mit Zivilcourage gehen. In Wiesbaden, Partnerstadt der Bonhoeffer-Geburtsstadt Wroclaw und Heimat eines militärischen NS-Widerständlers und Generaloberst, wird beispielsweise der „Ludwig-Beck-Preis für Zivilcourage“ vergeben. Seit 1999 gibt es in Deutschland auch den Whistleblower-Preis, der Menschen auszeichnet, die aus uneigennütigen Motiven und unter Inkaufnahme von Risiken couragiert und beispielhaft „die Trillerpfeife geblasen“ und alarmiert haben. Der erste deutsche Whistleblower-Preis ging an den Ex-Sowjetmarinekapitän Alexander Nikitin. Er machte öffentlich auf den russischen Marineatommüll auf dem Meeresgrund und den desolaten und damit für Matrosen und Umwelt gleichermaßen riskanten Zustand der russischen Nordmeerflotte aufmerksam. Genau so sorgte Wladimir Tschernoussenko, wissenschaftlicher Leiter der Aufräumarbeiten der Tschernobyl-Katastrophe und 1996 an Krebs verstorben, für öffentliche Aufklärung. Er war deswegen in seiner Heimat eine *Persona non grata*, erhielt aber viel internationale Anerkennung. Beispiele für mutige und geehrte „Alarmierer“ gibt es genug und eine Anerkennungskultur schadet der Zivilcourage sicherlich nicht. Doch wird es immer dabei bleiben, dass die Zivilcourage von ihren vielen namenlosen Helden und deren

Gespür für Mitmenschlichkeit und Wahrheit vor sich selber leben wird. Im Übrigen geht es der Zivilcourage gerade deswegen ein wenig wie ihren existenzialistischen Pendants in Ethik und Philosophie: Sie alle führen dieser Tage eher ein fachwissenschaftliches Schattendasein. Doch ihr alter Kern ist recht klar: Es geht um individuelle Verantwortung, genauer um Wahrheit vor sich selber und Mitmenschlichkeit zugleich.

„MUT AUF DEM SCHLACHTFELD IST GEMEINGUT“

Einst war es der junge Otto von Bismarck – später Gründer und „Eiserner Kanzler“ des Deutschen Reiches – der den Begriff der Zivilcourage im deutschsprachigen Raum prägte. Als die konservativ-preußische Leitfigur selber im Landtag von Preußen heftig ausgepöfeln wurde, soll er 1847 beim Mittagstisch zu einem Kollegen gesagt haben, dass dieser ja augenscheinlich seiner Meinung sei und ihm hätte ruhig beistehen können. „Mut auf dem Schlachtfeld ist bei uns Gemeingut, aber achtbaren Leuten fehlt es an Zivilcourage“, so Bismarck zu jener Zeit. Heute haftet dem Begriff der Zivilcourage gar nichts mehr von Adel und Aristokratie an. Er ist ein Grundgedanke der Bürgergesellschaft.

GESELLSCHAFT MIT OFFENEN AUGEN

Denn Zivilcourage ist keine angeborene Tugend, sondern eher eine mehr oder weniger bewusst entwickelte Personeneigenschaft in der bürgerlichen Gesellschaft. Durch aufgewecktes und zivilcouragiertes Handeln im eigenen Wirkungskreis in die Gesellschaft getragen, sind Vernunft und Sittlichkeit dann nicht mehr nur majestätische Worte, die sich vielleicht noch in manch inflationär gebrauchten philosophisch angehauchten Redewendungen niederschlagen,

sondern Stützen des menschlichen Zusammenlebens. Stützen einer Gesellschaft mit offenen Augen für Ungerechtigkeiten des Alltags und mit prosozialen, handlungsbereiten und interventionsfähigen Mitbürgern. Weil die durchaus unbequeme Personeneigenschaft Zivilcourage – unbequem und fordernd für den Einzelnen und die Öffentlichkeit – so schwer in Worte zu fassen ist, haben die Worte des tief im Christentum verorteten ehemaligen Bundespräsidenten Johannes Rau bei der Eröffnung des Jüdischen Museums Berlin besondere Geltung: „Zivilcourage braucht positive Beispiele“.

KLEINER WIDERSTAND ERÜBRIGT GROSSEN WIDERSTAND

Nun vom Ausgangspunkt der Philosophie definitiv bei der sozialmoralischen Praxis der Zivilcourage angelangt, bleibt noch anzumerken, dass selten auch der Philosophiegelehrte wirklich etwas zur Zivilcourage zu sagen hat. Der vor fünf Jahren verstorbene und in der deutschen „Hauptstadt der Bewegung“ an der Universität München lehrende Jurist und Rechtsphilosoph Arthur Kaufmann, der einst Zivilcourage als „Widerstand der kleinen Münze“ und „Tapferkeit des Herzens“ bezeichnete, gab zu denken: „Man unterschätze nicht die Bedeutung solchen kleinen Widerstandes. Dieser kleine Widerstand muss beständig geleistet werden, damit nicht eines Tages wieder der große Widerstand erforderlich wird. Dieser große Widerstand erfordert große Opfer, er kostet möglicherweise das Leben.“ Insofern ist es nicht nur moralisch und mitmenschlich Zivilcourage zu leisten, sondern durchaus rational, denn jeder rationale Mensch wird wohl die kleinen Anstrengungen und Opfer den großen vorziehen.

Dank für Anregungen und Kritik schulde ich Steffi Beckmann, Viola Engels, Katrin Hafner, Sophia Paschalides und Stefan Shoylev.

ZIVILCOURAGE BEDEUTET FÜR MICH, MICH NACH DEN GESETZEN ZU RICHTEN, MEINE KINDER NACH BESTEM GEWISSEN ZU ERZIEHEN UND DIE WAHRHEIT ZU SAGEN, SELBST WENN DIESE WAHRHEIT DAS EIGENE LEBEN GEFÄHRDET. ZIVILCOURAGE IST, WENN EIN MENSCH SICH NICHT DER STARKEN MEHRHEIT ENTGEGEN SEINEN PRINZIPIEN BEUGT UND DESHALB GEZWUNGEN IST, SICH GEGEN ANORMALE PROZESSE ZU WENDEN, DIE IN EINER GESELLSCHAFT ABLAUFEN.

ALINA LJUBAJA

ZIVILCOURAGE IST EIN KLEINES WORT, EIN "JA-WORT" MIT UNTERSCHIEDLICHEN INTONATIONEN. ES IST EINE JA-ANTWORT AUF DIE FRAGE, AUF DIE DIE MEISTEN MENSCHEN "NEIN" SAGEN ODER SCHWEIGEN. ZIVILCOURAGE IST EIN SIEG ÜBER UNTÄTIGKEIT, FAULHEIT, ANGST. DIESER SIEG KANN VON DER GESELLSCHAFT UNBEMERKT BLEIBEN, KANN AN IHR VORBEI GEHEN, ABER JEMANDEM RETTET DIESER SIEG DAS LEBEN.

OLJA CHE

ZIVILCOURAGE HEISST FÜR MICH, NACH MEINEM GEWISSEN ZU HANDELN, DEN UMSTÄNDEN ZUM TROTZ. DENJENIGEN ZU HELFEN, DIE HILFE BRAUCHEN, DENJENIGEN, DENEN ICH HELFEN KANN, SELBST WENN ICH SCHRECKLICHE ANGST HABE, ES ZU TUN.

MARIJA MARTYSEWITSCH

ZIVILCOURAGE SIND MUTIGE, TAPFERE UND HARTNÄCKIGE HANDLUNGEN, DIE DARAUFGEBLICKEN, EIN GESELLSCHAFTLICHES PROBLEM GERECHT ZU LÖSEN, UNGECHÄFTLICHE UMSTÄNDE UND KRITISCHER REAKTIONEN ANDERER MENSCHEN.

ALES JASINSKIJ

Brot für Maria

(Alina Ljubaja, Minsk) Als ich mich mit Zivilcourage beschäftigt habe, merkte ich schnell, dass das schwerste dabei ist, die eigene Angst zu überwinden. Die Angst vor der Gewalt, die Angst, das eigene ruhige, geordnete Leben durcheinander zu bringen. Oder gar die Angst vor dem Tod...

Diese allzu menschliche Angst zu überwinden und „Nein“ zu sagen, in erster Linie „Nein“ zur eigenen Schwäche – das ist unendlich schwer. Noch schwieriger ist dieses „Nein“, wenn jeden Tag Maschinengewehre auf dich gerichtet sind und du nur ein kleines Stückchen Brot zur Verfügung hast, an dem deine Existenz hängt. Solche Geschichten schrieb der Zweite Weltkrieg – wie auch diese, die sich im letzten Kriegsjahr ereignete. Die rote Armee hatte bereits die Grenzen der Sowjetunion erreicht, und die Alliierten waren in der Normandie an Land gegangen. Langsam kehrte die Freiheit in das vom Krieg gebeutelte Europa zurück. Aber noch war die Nazi-herrschaft nicht gebrochen. Die Alliierten waren noch weit weg vom kleinen Konzentrationslager Asaritschi an der Grenze zwischen Deutschland und dem besetzten Frankreich.

OSTARBEITER WEIT IM WESTEN

Hier stellten tagein, tagaus Tausende Gefangener Draht für die Wehrmacht her. Im babylonischen Sprachengewirr der Häftlingsmassen erklang nur sehr selten Ukrainisch, Belarussisch oder Russisch. Denn es wäre zu aufwändig für die Deutschen gewesen, „Ostarbeiter“ so weit nach Westen zu transportieren. Deshalb sonderten sich die einzigen zehn Ostarbeiter des Todeslagers auch von den übrigen Häftlingen ab und blieben untereinander. Eine junge Frau aus dieser Häftlingsgruppe arbeitete in einem Werk unter der Leitung des Meisters Kurt Bloch. Bloch war ein älterer Herr, der einen guten Ruf bei der Lagerverwaltung hatte, weil er als sachkundiger Handwerker und politisch zuverlässiger Mitarbeiter galt. Vier seiner Söhne

kämpften an der Ostfront. Das schien ihn dazu zu prädestinieren, die „Banditen“ zu überwachen...

EIN RETTENDER NAME...

Ich weiß nicht, ob Kurt Bloch früher bereits Häftlingen geholfen hatte oder nicht. Eines Tages wurde er aber vor die Wahl gestellt – als nämlich die Lagerleitung entschied, alle „verborgenen“ Juden zu vernichten. Alle, deren Namen, Gesichter oder Biografien von „rassischer Unreinheit“ zeugen konnten. Da entschied sich Bloch, den Namen der jungen Frau zu ändern, die in seinem Werk arbeitete. Sie war keine Jüdin, aber der russische Vorname „Ljuba“ klang für Deutsche fremd genug, und Fremdsein konnte schon genügen für ein Todesurteil. „Maria“ klang für deutsche Ohren wesentlich vertrauter. Deshalb nahm Bloch die junge Frau beiseite und flüsterte: „Du bist ab jetzt Maria! Merk dir: Ma-ri-a.“ Wäre der Betrug aufgefliegen, hätte die Lagerleitung Bloch zweifellos zum Tode verurteilt.

...UND EIN STÜCKCHEN BROT

Aber Bloch tat noch mehr. Jeden Tag hatte er Brot mit einem Stückchen Butter und Marmelade bei sich. Das bescheidene Mittagessen des älteren Deutschen rief keinerlei Verdacht bei den Wachen hervor. Aber dieses Stückchen Brot brachte der Handwerker nicht für sich ins Werk – sondern für die Gefangene, mit der er Mitleid hatte. Die Verpflegung der Gefangenen war sehr schlecht, und viele von ihnen starben an Hunger und aufgrund der schweren Arbeit. Bloch verbarg das Essen in einer Vertiefung des Fußbodens, und gab es später, wenn er alleine

war, der jungen Frau. So rettete er die junge Belarussin vor dem drohenden Hungertod. Bis die Amerikaner das Lager befreiten. Als die Kämpfe schon die Baracken der Häftlinge erreicht hatten, verbarg sich Bloch mit „Maria“ im Trichter einer Fliegerbombe. Er wollte nicht, dass „Maria“ zu den Soldaten hinausging und sagte, dass sie aus der Sowjetunion war. „Sag, dass du eine Deutsche bist! Sie werden dich entlassen!“ riet er ihr. Aber die junge Frau hörte nicht auf ihn, sie wollte nach Hause. Als der Kampf vorbei war, verteilten die Amerikaner die Häftlinge auf andere Lager, die bequemer ausgestattet waren. Hier gab es ärztliche Betreuung und drei Mal am Tag Essen. Erst nach acht Monaten entließen die Amerikaner die sowjetischen OstarbeiterInnen nach Hause. Sie taten es ungern, mussten sich aber an die Befehle ihrer Vorgesetzten halten. So verließ Ljuba-Maria das Lager gen Heimat, und Kurt Bloch erfuhr nie wieder etwas von ihr.

STILLE HELDEN

Der Zweite Weltkrieg schuf tausende Situationen, in denen Menschen eine Wahl treffen mussten: Entweder mussten sie sich unmenschlichen Befehlen unterwerfen oder auf ihr Gewissen hören. Sogar unter Tausenden williger Vollstrecker eines totalitären Systems fanden sich „stille Helden“. Ihre Heldentaten konnten von außen geradezu banal wirken – denken wir an das tägliche Stückchen Brot von Kurt Bloch – aber sie konnten ein Menschenleben retten. Ein Leben, das viel kostbarer sein kann als alles andere auf der Welt, ein Leben, das neues Leben und neues Glück schaffen kann. Ich weiß das genau. Denn Maria-Ljuba war meine Großmutter...

Panzer T-34: Schweigen ist nicht Gold

(Lesja Lugavaja, Minsk) Drei Studenten geben an der Minsker Pädagogischen Hochschule eine Studentenzeitung heraus, die die Universitätsleitung in Wut versetzt. Studenten und Professoren lesen sie dennoch heimlich weiter.

Welche Assoziationen ruft bei Ihnen das Wort „Panzer“ hervor? Bei mir persönlich sind es die fröhlichen sowjetischen Pionierlieder aus der Schule über die Panzersoldaten, der Name einer Straße in meiner Heimatstadt und der echte Panzerhelm meines Vaters, den er im Winter anzieht, wenn er fischen geht. Ach ja: und meine ehemalige Minsker Universität, die Pädagogische Hochschule. Sie trägt den Namen Maxim Tank, das Pseudonym eines berühmten belarussischen Poeten – auf Deutsch: Maxim „der Panzer“. Daher rührt auch der Name der unabhängigen Studentenzeitung „Tankisty“ her – „die Panzersoldaten“.

„SCHÄDLICHE ZEITUNG“

Einmal im Monat liegt auf dem Fensterbrett, neben dem Eingang in die Universität, ein Stoß mit Zeitungen. Studenten und Dozenten gehen vorbei. Einige blicken interessiert auf die Zeitung, trauen sich aber nicht, sich eine zu nehmen – denn es kann Ärger von der Unileitung geben, wenn man mit politischen Publikationen gesehen wird. Andere schnappen sich schnell ein Exemplar, blicken sich um und schlendern weiter, als sei nichts geschehen. Die Bewohner des Studentenwohnheimes finden die Zeitung morgens, einmal im Monat, zusammengefasst und unter der Tür ihrer Wohnungen hindurchgeschoben. Abends kommt der Leiter des Wohnheims zusammen mit dem „Verantwortlichen für die ideologische Arbeit“; sie klopfen an die Türen der Studentenwohnungen und bitten die Studenten, die „schädliche Zeitung“ nicht zu lesen und in den Abfall zu werfen.

Der junge „Panzerfahrer“ Pascha mit redaktionseigener Mütze vor seiner Universität.

UNIVERSITÄT OHNE PROBLEME?

Die Zeitung „Tankisty“ berichtet über alles, was Studenten beschäftigt: Über interessante Veranstaltungen, das Mensaessen und überfüllte Hörsäle. Aber auch über politische Ereignisse, die in den staatlichen Massenmedien totgeschwiegen werden: oppositionelle Veranstaltungen, politischer Druck auf Studenten und Dozenten, über die Fälschungen und Repressionen bei den letzten Präsidentschaftswahlen. Alles Themen, die die Universitätsleitung auf keinen Fall dulden will. An der Hochschule ist es wie im ganzen Land: Probleme darf es nicht geben, und wenn, dann kümmert sich der Staat bereits darum, sie zu lösen. Zudem erscheint die Zeitung auf Belarussisch, der Muttersprache der Bevölkerung, die im öffentlichen Raum nach Jahrhunderten der Russifizierung kaum noch gesprochen wird und inzwischen lediglich von Intellektuellen, Künstlern und Oppositionellen gebraucht wird. Belarussisch zu sprechen oder zu drucken ist oftmals ein Zeichen, dass man gegen das Lukaschenko-Regime ist.

ALLE IN EINEM PANZER

Die Autoren der „Tankisty“ fanden sich das erste Mal im Winter 2001 zusammen. Damals war die regimekritische „Vereinigung der Belarussischen Studenten“ (VBS) „liquidiert“ worden, wie es im belarussischen Amtsjargon heißt. Ihre Mitglieder hatten zu offen für die Rechte der belarussischen Studenten gekämpft und politische Kampagnen an den Universitäten durchgeführt. Also trafen sich die Exmitglieder der VBS Smitser*, Ljonik* und Pascha* bei einem Freund und beratschlagten in der Küche bei einem Glas Tee, was zu tun sei. Sie wollten weiter über Missstände an der Universität berichten, zusammenarbeiten und kreativ sein. Also beschlossen sie, eine Zeitung herauszugeben und benannten sie aus Spaß nach dem T-34, dem berühmten sowjetischen



Panzer aus dem Zweiten Weltkrieg. Alle Studenten wurden so zu „Tankisty“, also „Panzersoldaten“, Studenten der Hochschule „Maxim Tank“.

ENGAGEMENT BESTRAFT

Ein belarussischer Student kann zwar eine Meinung über die politische Situation im Land haben – aber sie auszusprechen ist mit nicht zu unterschätzenden Gefahren verbunden. Er bekommt mit hoher Wahrscheinlichkeit Probleme bei den Prüfungen und verliert eventuell sogar seinen Platz im Studentenwohnheim. Engagement wird bestraft – das ist die wichtigste Lektion, die belarussische Studenten heutzutage in ihren Universitäten lernen. Deshalb gibt es auch „gute“ und „schlechte“ studentische Organisationen, Zeitungen und – Studenten.

„SCHLECHTE STUDENTEN“

Ein „guter“ Student hat einen Mitgliedsausweis der staatlichen „Belarussischen Jugendunion“ mit dem Konterfei von Lenin, kann die staatliche Hymne mit dem schönen Namen „Wir Belarussen sind friedliebende Menschen“ auswendig, stellt keine unangenehmen Fragen, freut sich, an Arbeitseinsätzen auf dem Land teilnehmen zu dürfen, und erzählt, dass die belarussische Ausbildung die beste der Welt ist.

ARME UNIVERSITÄTEN

Dass dieser Studententypus immer stärker um sich greift, ist kein Zufall: Belarussische Hochschulen werden vom Staat seit einiger Zeit besonders sorgsam bearbeitet. Das Kontrollsystem ist schon fast perfekt: Die Rektoren haben keinerlei Handlungsspielräume, die Hochschulpolitik wird entweder vom Erziehungsminister oder vom Präsidenten höchstpersönlich gestaltet, die Dozenten und Professoren sind nur auf Vertragsbasis angestellt und können so jederzeit

entlassen werden. So verwandeln sich die Universitäten zu Horten staatlicher Ideologie und geben den Studenten keinerlei Möglichkeit, ihre Fähigkeiten in offenen Diskussionen frei zu entfalten.

FREIE MEINUNG?

Ljonik erinnert sich gut daran, wie er und seine Freunde vor fünf Jahren die erste Ausgabe der „Tankisty“ machten. „Am Anfang war es eine lustige und interessante Sache, wir dachten, das sei unser gutes Recht als Studenten. Erst mit der Zeit wurde uns klar, dass wir uns konspirativ verhalten müssen – der Rektor drohte uns und bezeichnete die ‚Tankisty‘ als ‚schlechte Zeitung‘. Das machte uns nur noch mehr Mut: Wenn alle so nervös reagieren, heißt das, dass wir unseren Finger genau auf die wunden Stellen gelegt haben.“ Die Universitätsleitung wurde unruhiger. Ljoniks Dekan rief den Studenten zu sich und riet ihm eindeutig-zweideutig: „Ljonik, Du bist ein guter Student, aber man muss auch gut studieren.“ Ein logisch widersinniger Satz, aber dem Studenten war klar: Hier geht es um die Zeitung, um Politik – und das alles hat nichts mehr mit Studium und Wissenschaft zu tun.

DRUCK HÄRTET AB

Es war kein Problem für die Universitätsleitung, die Macher der Zeitung ausfindig zu machen. Wer in einer belarussischen Hochschule Belarussisch spricht, sondert sich bereits ab und ist aller Wahrscheinlichkeit nach politisch aktiv. Ljonik meint, seinem alten Dekan sei dessen laxer Haltung den „Tankisty“ gegenüber zum Verhängnis geworden – er verlor seinen Posten. Der neue Dekan rief Ljonik kurz nach seiner Ernennung in sein Büro: „Du musst lernen und weniger Unfug treiben, wir sind doch alle vernünftig!“ Zu guter letzt schrieb Ljonik wieder eine von vielen Erklärungen an den KGB, in der er erklärte, in keinerlei

Beziehung zu der Zeitung zu stehen. Und machte einfach weiter. Ljonik meint heute trocken: „Diese ‚Moralgespräche‘ härteten mich in gewisser Weise ab. Ich spürte, dass ich noch größerem Druck widerstehen kann. Also sagte ich den Beamten alles, was sie hören wollten, und machte gleichzeitig einfach weiter wie bisher.“

„STOLZ AUF DICH!“

Die Dozenten verhielten sich Ljonik gegenüber sehr unterschiedlich. Die einen kritisierten den „neunmalklugen“ Studenten. Andere lasen und lesen die „Tankisty“ und zeigen so ihr Einverständnis mit den engagierten Studenten. Ljonik musste schließlich zum Fernstudium wechseln – hier ist die staatliche Kontrolle etwas geringer. Er konnte zu Ende studieren und bekam sein Diplom. Am schönsten war der Abschlussball, als einige Dozenten ihm die Hand drückten und sagten: „Wir sind stolz auf dich!“ Ljonik geht in seiner Zeitung auf: „Die ‚Tankisty‘ sind für mich wie ein Glücksspiel“, meint er. „Die redaktionelle Arbeit ist eine tolle Erfahrung: Ich bin Redakteur und Autor in einer Person, kann meine Kreativität umsetzen und meine politische Position verdeutlichen.“

UND DIE ZUKUNFT?

Die Nachfrage nach den „Tankisty“ ist groß – sogar Studenten aus anderen Hochschulen abonnieren sie. Heute sind die „Tankisty“ wohl die älteste unabhängige Studentenzeitung in Belarus. In einer anderen politischen Umgebung wäre die Zeitung ein vielversprechendes Projekt mit einem eigenen Büro in der Universität. Das würde Ljonik aber auch nicht schmecken: „Das besondere an den ‚Tankisty‘ ist der Widerstandsgeist des Untergrundes, den die Zeitung ausstrahlt. Kommt eine andere Zeit, wird auch die Zeitung eine andere sein.“

*Namen von der Redaktion geändert.

Kurapaty: Erinnerungskultur in Belarus braucht Zivilcourage

(Lesja Lugavaja, Minsk) Während des Stalinismus' verübte der sowjetische Geheimdienst Massenmorde an Hunderttausenden belarussischer Bürger in einem Wäldchen bei Minsk und verscharrte ihre Leichen. Die Waldung ist vom Staat nicht als Gedenkstätte anerkannt. Oppositionelle und Bürgerrechtler kümmern sich um den Gedächtnisort „Kurapaty“.

„Vorsichtig, die Türen werden geschlossen! Nächste Haltestelle: Lenin-Platz.“ Die einzige U-Bahn in Belarus, die sich in der Hauptstadt Minsk befindet, wirkt auf Ausländer etwas bescheiden mit ihren zwei Linien. Für Ausländer ist eine Fahrt mit den klobigen U-Bahn-Waggons im 70er-Jahre-Design aber zumindest eine schöne Gelegen-

heit, die sowjetische Geschichte von Belarus kennen zu lernen. Haltestellen wie „Lenin-Platz“ (bis vor kurzem noch „Platz der Unabhängigkeit“), „Oktober“, „Siegesplatz“, „Proletarier“, „Moskau“, „Erster Mai“ sind Stationen einer Zeitreise durch die belarussische Geschichte unter Tage. Der Besucher kann zudem an jeder Haltestelle Dekorationen im Stil des „sozialistischen Realismus“ bewundern. Aber auch über Tage ist die UdSSR in Minsk allgegenwärtig. Wer durch die Straßen der Hauptstadt schlendert und sich die Straßennamen etwas näher ansieht, erkennt neben sowjetischen Feiertagen die Namen großer Revolutionäre, aber auch Leiter von Partisaneneinheiten und Widerstandshelden aus der Kriegszeit. Nostalgiker und Neugierige begrüßt vor dem Regierungssitz der Führer des Proletariats Wladimir Iljitsch Lenin, die Rechte einer goldenen Zukunft entgegen gestreckt.



Gedenkkreuze im Kurapaty-Wald, aufgestellt von belarussischen Bürgern.

Gegenüber dem Gebäude des Komitees für Staatssicherheit (KGB), das mit seiner Architektur des „Stalin-Empirestiles“ beeindruckt, steht eine Büste des berühmten KGB-Gründervaters, des „eisernen Felix“ Dserschinskij.

Offizielle Denkmäler und staatliche Denkmalkomplexe bilden das moderne kollektive Gedächtnis in Belarus, das vor allem auf die sowjetische Kriegsgeschichte konzentriert ist. Die Brester Heldenfestung, das Museum des Großen Vaterländischen Krieges, der Grabhügel des Ruhmes, die Gedenkstätte an die NS-Vernichtungspolitik „Chатын“, das Militärmuseum „Stalin-Linie“ – all dies wird der Besucher geboten bekommen, wenn er sich an ein belarussisches Reisebüro wendet, um seine Kenntnisse über die Geschichte des „Großen Vaterländischen Krieges“ zu vertiefen. Die Selektivität dieses historischen Gedächtnisses ist dabei nur

allzu offensichtlich. Jeder kennt Auschwitz, Majdanek und Treblinka, aber wenige haben gehört, dass sich bei Minsk das viertgrößte europäische Todeslager Trostenez befand. Heute erinnert an eine der größten NS-Erschießungsstätten lediglich ein kleiner Gedenkstein im Wald. Ganz zu schweigen von der Stalin'schen Vernichtungs-

politik, deren Opfer in keinerlei Form auf offizieller Ebene gedacht wird.

TODESSCHREIE IM SCHNEEGLÖCKCHENWALD

Die schöne belarussische Bezeichnung für Schneeglöckchen - „Kurapaty“ - hat heute international einen traurigen Ruhm erlangt. Während der Jahre 1937-1941 führte der sowjetische Geheimdienst NKWD hier, in einem Wäldchen bei Minsk, systematische Massenerschießungen unter der belarussischen Zivilbevölkerung durch. Belarussen wissen heute entweder nichts über Kurapaty – oder sie wollen nichts darüber wissen. Zumindest kommen keine Staats- und Regierungsvertreter zu dem Wäldchen, das die Leichen ihrer Landsleute unter sich begraben hat. Noch nicht einmal offizielle Fremdenführungen werden hier durchgeführt.

In Kurapaty wurden massenweise Bürger ohne Gerichtsurteil erschossen – „als Volksfeinde liquidiert“, wie es im Beamtenjargon der 1930er-Jahre hieß. Spezielle NKWD-Kommandos führten die Massenerschießungen durch. Aber es gab auch Freiwillige, die sich noch Jahre später mit der großen Anzahl eigenhändig erschossener Opfer brüsteten. Es ist schwer, zu sagen, was diese Menschen motivierte, solche Befehle auszuführen. Und noch schwerer, es nachzuvollziehen. Die Vollstrecker führten ihre Opfer in den Wald, wohl wissend, was sie mit ihnen tun würden. Die Opfer hingegen kamen in dem Bewusstsein Unschuldiger, die glaubten, sie würden einem Justizirrtum unterliegen und eventuell zu Zwangsarbeit verurteilt. Viele hatten sich Kleidung und Essen für den langen Weg mitgenommen. Doch ihre Reise endete abrupt vor der Stadt. Die Bewohner der benachbarten Dörfer erinnerten sich in Interviews, dass vierundzwanzig Stunden lang Schüsse aus dem Wäldchen erschallten, fast ohne Pause. Sie erinnern sich an Schreie, an Weinen und an eine Totenstille nach den Exekutionswellen. Aus Angst konnten viele nicht schlafen. So ging es fast vier Jahre lang, bis zum Beginn des Krieges.

AUSGRABUNGEN

Wie viele Unschuldige den Erschießungen in Kurapaty zum Opfer fielen, ist heute nur sehr schwer zu bestimmen. Die regimekritischen Archäologen Zianon Pazniak und Jauhen Schmigaliow untersuchten Ende der 1980er-Jahre die Massengräber und stellten fest, dass viele bereits vorher geöffnet worden waren. Nach dem zweiten Weltkrieg zerstörte der NKWD die Gräber – was nochmals die Kriminalität des Massenmordes bestätigt und zeigt, dass die Verbrecher sich ihrer Schuld durchaus bewusst waren. Außerdem wurden viele Gräber während des Baus des Autobahn-Ringes in den 1950er-

Jahren und der Verlegung der Gasleitung in den 1980er-Jahren zerstört. Bei den heute existierenden 510 Gräbern gehen Experten von 150 bis 260 Ermordeten in jedem Grab aus. Das würde bedeuten, dass die Anzahl der erschossenen Menschen zwischen 100.000 und 250.000 liegt...

Niemand weiß, worin die Schuld der erschossenen Menschen bestand. Ihre Verwandten bekamen keine Erklärungen und keine Nachrichten über deren Schicksal. Zur Zeit der Stalin'schen Repressionen stellte man keine Fragen. Und heute? Heute herrscht eine unheimliche Stille in der offiziellen belarussischen Erinnerungslandschaft. Es fehlen Antworten auf zahlreiche Fragen: Wie viele Menschen wurden erschossen? Wo sind sie genau begraben? Wie ging der NKWD dabei vor?

TOTENSTILLE

Es gibt keinerlei offizielle Statistiken: Der NKWD-Nachfolger KGB machte bis heute keine Angaben über die Orte der Massenerschießungen und die näheren Umstände – obwohl die gesamten Operationen im KGB-Archiv ausführlich dokumentiert sein dürften. Der Historiker Igor Kuznitsow behauptet aufgrund seiner Forschungen, dass in Belarus 48 solcher Erschießungsstätten im ganzen Land verteilt sind. Alleine in Minsk gibt es nicht weniger als elf, darunter eine zentrale Minsker Straße, einen Erholungspark und das Wäldchen bei der Residenz der Präsidenten...

Aber zu diesen Gräbern werden



Der damalige US-Präsident Bill Clinton besuchte Kurapaty 1994.

die Verwandten der Ermordeten und alle Leute, die den Schmerz der unschuldigen Opfer mitleiden, nicht kommen, weil sie nicht wissen, wo genau die Toten liegen.

STRASSEN UND GRÄBER

Der 20. September 2001, ein sonniger Herbsttag, ist in die belarussische Geschichte eingegangen. Nach seinem Sieg bei den zweiten Präsidentenwahlen schwor Alexander Lukaschenko an diesem Tag feierlich seinen Eid auf die Verfassung. Gleichzeitig begannen am nordöstlichen Rand von Minsk die Bauarbeiten zu der Erweiterung des Autobahn-Ringes, der die Hauptstadt umschließt.

Auf den ersten Blick eine alltägliche Baumaßnahme für die große Stadt – wenn die Trasse nicht direkt an Kurapaty vorbeiführen würde. Als die Traktoren erschienen und anfangen, neben den Massengräbern zu graben, stellten sich ihnen bürgerliche Aktivisten und Oppositionelle in den Weg, die Angst um den Gedächtnisort Kurapaty hatten. Sie versuchten, die Öffentlichkeit auf die Zerstörung von Kurapaty aufmerksam zu machen – mit Hilfe von Bildern, Ikonen und Plakaten, auf denen stand: „Kurapaty - unser Schmerz“, oder „Hier liegen die unschuldigen Opfer der Stalin-Repressionen“. Nach drei Tagen errichteten oppo-

sitionelle Jugendliche ein Zeltlager und bewachten die Gräber vor den Traktoren. Mehrere Dutzend junger Menschen hielten Tag und Nacht Wache, um Kurapaty zu schützen. Die Verteidiger stellten Kreuze zur Erinnerung an die Tragödie auf und versuchten dadurch gleichzeitig, die Bauarbeiten zu behindern. Ihr Ziel: eine Umgehung des Grabhügels.

Archäologen hatten bei Ausgrabungen 1998 festgestellt, das sich höchstwahrscheinlich an zwölf Stellen in der Zone der Bauplanungen Opferleichen befanden. Aufgrund des politischen Aufsehens ließ der Staat das Gelände noch einmal untersuchen. Dabei wurden keine Spuren von Gräbern entdeckt. Der Bau wurde deshalb fortgesetzt.

POLITISCHES KAPITAL

In dieser Situation spalteten sich die Aktivisten der oppositionellen Jugendorganisation „Molody Front (Junge Front)“, die die aktive Teilnahme an der täglichen Wache übernahmen, in zwei Lager: Einige wollten die Wache fortsetzen, anderen sahen darin keine Notwendigkeit. Der Konflikt zeigte offensichtlich, dass es einigen Demonstranten schon nicht mehr um die Toten ging – sondern darum, sich über den Kampf um den Bau politisch zu profilieren. Für die Hardliner unter den Jugendlichen bedeutete ein Rückzug „Kurapaty aufzugeben“ und „vor dem Regime klein beizugeben“. Für die Abziehenden war es ihre bürgerliche Pflicht gewesen, die Vernichtung der Gräber nicht zuzulassen. Nun, da archäologische Ausgrabungen stattgefunden hatten, die ursprünglich vom Staat nicht vorgesehen waren, sahen sie sich als Sieger und lehnten einen weiteren Kampf ab. Sie kritisierten ihre ehemaligen Mitstreiter für ihren Aktionismus und warfen ihnen vor, von der Wahlmisere der Opposition bei den Präsidenten-

schaftswahlen 2001 ablenken zu wollen.

Die Wache in Kurapaty wurde fortgesetzt, ungeachtet des Frostes und der Gefahr eines gewaltsamen Durchgreifens seitens der Staatsmacht. Der Widerstand wurde denn auch durch Gewalt beendet: Planiermaschinen warfen die Kreuze nieder und zerstörten die Ikonen. Eine Menschenkette konnte die Traktoren nicht aufhalten, denn eine Spezialeinheit der Polizei prügelte den Baumaschinen den Weg frei, verbrannte die Zelte und nahm die Demonstranten wegen Störung der öffentlichen Ordnung fest. Trotz dieser Repressionen und der Auseinandersetzungen innerhalb der Widerstandsbewegung hat Kurapaty zweifellos seinen Platz im inoffiziellen Gedächtnis und dem Bewusstsein der Menschen in Belarus gefunden.

IGNORANZ DES STAATES

Es ist bezeichnend, dass der Staat die Gedenkstätte für die Opfer der Stalin-Repressionen nicht nur ignoriert. Die Staatsmacht gewährleistet zudem keinerlei Schutz vor regelmäßigen Akten des Vandalismus. Unbekannte beschmiereten den Gedenkstein oder die Kreuze regelmäßig mit Parolen und Hakenkreuzen. Im offiziellen Gedächtnis hat Kurapaty keinen Platz – wie auch allgemein die politischen Repressionen aus der Stalin-Zeit. Zwar erließ der Ministerrat der Belarussischen Sozialistischen Sowjetrepublik 1989 eine Verordnung, nach der in dem Waldstück ein Denkmal für die Opfer errichtet werden sollte. Auch damals geschah dies jedoch nur nach massivem öffentlichen Druck, darunter Demonstrationen mit mehreren zehntausenden Teilnehmern, die das kommunistische Regime immer mehr destabilisierten. Die Planungen für das staatliche Denkmal wurden nie umgesetzt. 1993 wurde das Waldstück Kurapaty zwar offiziell

in die staatliche Liste der historisch-kulturellen Denkmäler der Republik Belarus eingetragen – ein Jahr vor der Wahl des prosovjatischen Parlamentsabgeordneten Alexander Lukaschenko zum Präsidenten. Mit seinem Machtantritt verschwand das Gedenkstättenprojekt endgültig. Lukaschenko setzte sogar eine Kommission ein, die in Frage stellen sollte, dass es sich tatsächlich um eine NKWD-Erschießungsstätte und nicht etwa um eine Massenvernichtungsstätte der Nazis handelt.

INOFFIZIELLES GEDENKEN

Trotz allem ist Kurapaty heute eine öffentliche Gedenkstätte: Private Initiativen errichteten eine Allee von Holzkreuzen, die den zentralen Hügel des Waldes hinaufführt. 1993 finanzierte die amerikanische Regierung aus Anlass des Besuchs von Präsident Clinton und seiner Rede in Kurapaty einen Gedenkstein für die Opfer. Außerdem versammeln sich regelmäßig Oppositionelle und einfache Bürger, um der Toten zu gedenken.

Denn in Belarus verschwanden seit dem Machtantritt von Präsident Lukaschenko mehrere Oppositionelle, auch Journalisten kamen unter fragwürdigen Umständen zu Tode und oppositionelle Demonstranten werden regelmäßig verprügelt und verhaftet. Wenn die Bürger sich nun kritisch mit den Folgen des sowjetischen Totalitarismus auseinandersetzen würden, könnten sie auch das heutige Regime in Frage stellen. So fälscht der Staat die Geschichte des Landes nach guter Breschnjew-Manier, als habe es Perestrojka, Glasnost und die Unabhängigkeit von der Sowjetunion nie gegeben. Währenddessen liegen weiterhin hunderttausende Leichen an den Erschießungsstätten Kurapaty und Trostenez, ohne dass der Staat sich um ein Gedenken an sie bemühen würde.

Women in Black

(Marija Martysewitsch) 1863 erhoben sich belarussische Kleinadlige, Bauern und Studenten gegen die zaristische Alleinherrschaft. Selbst nach der Niederschlagung des Aufstandes zeigten belarussische Kleinadlige und Gymnasialschüler ihre Bereitschaft, ihre politischen Rechte und ihre Freiheit einzuklagen.

In belarussischen Geschichtsbüchern wird viel von den Aufständischen des Jahres 1863 geschrieben, die für ihre Unabhängigkeit mit der Waffe in der Hand kämpften. Aber kaum bekannt ist die Tatsache, dass der Widerstand den gesamten Kleinadel des belarussisch-polnischen Unionsstaates „Rzeczpospolita“ erfasste, darunter auch Frauen und Kinder, die das zeigten, was wir heute „Zivilcourage“ nennen. Der belarussische Dichter Janka Luèyna, der als Kind in Minsk lebte, war zur Zeit der Ereignisse des Jahres 1863 dreizehn Jahre alt, deshalb zog er nicht mit den Aufständischen in den Kampf, wie es viele seiner älteren Kameraden taten. Umso interessanter ist es, seine Memoiren über diese Tage zu lesen. Er erinnert sich daran, wie im Jahre 1862 die Behörden allen Schülern des Minsker Gymnasiums kleine Hefte ausgaben. Dort sollten ihre Erzieher die Anwesenheit und Abwesenheit vermerken, um so eine Teilnahme der Schüler an dem Aufstand zu verhindern. An diesem Tag gingen die Schüler der oberen Klassen in den Schulkorridor, zerrissen die Hefte und bedeckten mit den Papierresten den Fußboden. Als wütende russische Beamte ins Gymnasium hereinstürmten, erklärten die Kinder: „Die Hefte sind eine Demütigung, eine Begrenzung unserer Freiheit, darum haben wir sie zerrissen.“ Danach hielt sich die Gymnasialleitung mit Strafaktionen zurück.

BROT FÜR HÄFTLINGE

Ein anderes herausragendes Ereignis war für Luèyna der Transport politischer Häftlinge aus Warschau im Winter 1862. Schon damals verhaftete der Zar diejenigen, die den Aufstand vorbereiteten, und wies sie nach Sibirien aus.

Die ersten zwei Transporte fuhren durch Minsk. Als die Menschen davon erfuhren, versammelten sie sich frühzeitig entlang der Straße, sammelten Essen und warme Kleidung. Als die Menschenzüge sich zeigten und man den Häftlingen erlaubte, von ihren Schlitten aufzustehen und neben ihnen zu gehen, unterhielten sich die Menschen mit den Häftlingen, drückten ihnen die Hand, unterstützten die unbekanntenen Landsleute mit Worten, warmer Kleidung und Essen. Das Eintreffen des zweiten Transportes endete mit Unruhen. Die Kosaken drängten die Menschen zurück. Nach diesen Vorfällen hielt der russische Staat die Transportrouten geheim und ließ sie durch unbewohntes Gebiet ziehen, an den großen Städten vorüber.

TRAUERKLEIDUNG FÜR DIE AUFSTÄNDISCHEN

Ein russischer Wanderer, der 1861-1863 durch das Gebiet der Rzeczpospolita reiste, staunte: Die Frauen des Westlichen Landes (so nannte man damals im Russischen Reich die ehemalige Rzeczpospolita) trugen alle ohne Ausnahme Trauer. „Ein buntes Kleid sah ich erst in Lübeck“, schrieb der Reisende. „Litauen (das damalige Gebiet von Belarus) und Polen tragen Schwarz.“ Wenn ein Mädchen es dennoch wagte, in einem bunten Kleid auf die Straße zu gehen, lauerten ihm nicht selten die Gymnasiasten belarussisch-polnischer Herkunft auf und bewarfen es mit Dreck.

MIT MODE GEGEN MILITÄRS

Einerseits hatte die Trauer eine direkte Bedeutung: Im Land der ehemaligen Rzeczpospolita gab es

kaum eine Familie, die keine Angehörigen während des Aufstandes verloren hatte. Und dennoch hatte diese Aktion einen betont politischen Charakter. Als der russische Militär Michail Murawjow, der für seine Brutalität gegenüber den Aufständischen vom Volk „Henker“ getauft worden war, 1863 in Vilnius ankam, um als General-Gouverneur Dienst zu leisten, erließ er zuerst eine Verordnung gegen „weibliche verbrecherische Manifestation“, nach dem das grundlose Tragen der Trauer bestraft wurde. Aber die adeligen Damen ließen sich vom politischen Druck nicht beirren. Sie bezahlten die ersten Strafen und führten eine neue Mode ein – schwarze Kleider mit roten Tüchern. Diese Tracht wurde bald „die blutige Trauer“ genannt und auch verboten, außerdem wurde das demonstrative Tragen von Medaillons mit dem Wappen der Rzeczpospolita, mit Abbildungen der Nationalhelden Tadeusz Koëciuszkò und Adam Mickiewicz in einer Dornenkrone genau so verboten wie das Tragen von gebrochenen Kreuzen – Symbole für den Widerstand gegen den Zarismus und die Unterdrückung der katholischen Kirche im Russischen Reich.

ZIVILCOURAGE DAMALS UND HEUTE

Es ist nicht schwer, Parallelen zwischen 1863 und 2006 zu ziehen. Nach den Präsidentschaftswahlen und der Niederschlagung friedlicher Proteste im März steckten sich junge Menschen Buttons mit der Aufschrift „Für die Freiheit!“ an. Viele wurden von Polizisten in Gewahrsam genommen und mussten Geldstrafen zahlen. Seit einem Jahr etwa versuchen Jugendliche durch Flash-Mobs die Öffentlichkeit aufzurütteln. Sie treffen sich bei-

spielsweise schweigend im Stadtzentrum und lesen oppositionelle Zeitungen. Oft ist die Staatsmacht gegenüber solchen Protestformen hilflos. Wie der russische „Henker“ Murawjow. Der wachsende Einfluss des gewaltfreien Widerstandes in Vilnius machte ihn rasend, aber seine Verbote halfen nicht – im Gegenteil, er wurde zum Gespött des russischen Hofes. Dort war er bald als „Kämpfer gegen Damenbroschen“ bekannt.

GEIST DES WIDERSTANDES

Der oppositionelle Schriftsteller Wladimir Orlow rief zehntausende

Demonstranten im März auf dem Oktober-Platz in Minsk auf, den Platz in Kalinowski-Platz umzubenennen. Vor dem Hintergrund der geschichtlichen Ereignisse erscheint dies auf den ersten Blick merkwürdig: Der Aufstand wurde von den Zarenmächten niedergeworfen, Tausende starben in den Schlachten mit der russischen Armee oder wurden nach Sibirien verbannt und Kalinowski selbst wurde im März 1864 in Vilnius gehängt. Kein vielversprechendes Symbol also für einen politischen Wechsel. Regimekritiker wie Orlow jedoch beschwören vor allem den Geist von Kalinowski und

seinen Landsleuten: Damals einte die Belarussen eine Solidarität, sich gegen die brutale imperiale Maschine des russischen Zarismus zu vereinigen und „nein“ zu sagen. Auch dann, als alle militärischen Mittel ausgeschöpft waren, zeigten die Bürger ihren Willen zum Widerstand und ihre Bereitschaft, sich gegen Unrecht und Unterdrückung einzusetzen. Wie die Gymnasialschüler, die ihre politische Freiheit nicht durch totale Anwesenheitskontrolle verlieren wollten und ihre Position mutig und in aller Öffentlichkeit kund taten.

Frauen gegen Traktoren

(Ales Jasinskij) Auch die totalitäre Stalin'sche Sowjetmacht musste sich in Einzelfällen dem Mut einfacher Menschen beugen. Wie im Falle der Kollektivierung in dem belarussischen Dorf Jalava, als sich die Dorffrauen den sowjetischen Traktoren entgegen stellten.

Zu Beginn des Jahres 1947, fast drei Jahre nach Kriegsende, war das Leben in den belarussischen Dörfern alles andere als ruhig. Für Aufregung sorgten vor allem die „guten Ratschläge“, mit denen die kommunistische Partei und die Sowjetmacht die Bauern dazu überreden wollten, sich in Kolchosen zu vereinigen. Das Dorf Jalava im Brester Gebiet sollte sich in der Kolchose „Erster Mai“ zusammenschließen.

„POLITISCH UNREIFE BAUERN“

Auf dem Papier entstanden Kolchosen auf freiwilliger Basis. In Wirklichkeit wurde das „Prinzip der Freiwilligkeit“ sehr großzügig interpretiert. Auch im Falle des Dorfes Jalava entschied sich das Gebietskomitee der Partei über die Köpfe der „politisch unreifen“ Bauern hinweg für die Schaffung der Kolchose. Die Bauern misstrauten den Sowjets jedoch. Denn bereits in den Jahren 1939-1941 hatte der Staat versucht, die Bauern zu enteignen.

Dieses Mal hatten sich die örtlichen Partei- und Sowjetführer etwas besonders ausgedacht, um die Bauern von der Notwendigkeit eines Zusammenschlusses zu überzeugen. Für die Feldarbeit wurden aus der Gebietshauptstadt einige Traktoren zur Verfügung gestellt, die die Effektivität der Kolchosarbeit zeigen sollten. Allerdings versammelten sich um die Traktoren herum eine große Gruppe von Dorffrauen. Sie bildeten eine Kette auf dem Dorfweg, verstellten den Traktoren so die Durchfahrt und schrien die Fahrer an: „Fahrt uns doch nieder!“

KAMPF UM DIE SELBSTSTÄNDIGKEIT

Die Dorffrauen waren jedoch keinesfalls ungebildete Gegner des technischen Fortschrittes. Sie lehnten schlichtweg die Kollektivierung ab, da sie wie viele Dorfbewohner ihre nach dem Sturz des Zaren mühsam erkämpfte Eigenständigkeit nicht aufgeben wollten. Die Männer waren indes mit den Tieren in den Wald geflüchtet.

Sie wären von der Staatsgewalt sicher kaum geschont worden.

STAATLICHE GEGENMASSNAHMEN

Die örtliche Verwaltung versuchte es mit Drohungen, ließ Grenzsoldaten aufmarschieren – ohne Erfolg. Während die Männer weiterhin im Wald blieben, kamen die Frauen schlichtweg nicht zur Arbeit in die Kolchose. Also entschied sich die Gebietsleitung, die Pläne fallen zu lassen, um den Schein der Freiwilligkeit zu wahren. Nach einigen Jahren wurde die Kolchose „Erster Mai“ dennoch eröffnet. Die Sowjetische Zentralregierung in Moskau hatte Kolchosen für alle verordnet. Kompromisse vor Ort waren nicht mehr vorgesehen, Arbeitsverweigerung wurde strengstens bestraft. Also mussten die Jalaver Bauern und ihre Frauen sich der höheren Gewalt fügen. Dennoch hatten sie bewiesen, dass auch einem totalitären Regime mit gewaltfreiem Widerstand und Zivilcourage zumindest Unannehmlichkeiten bereitet werden können.

Zivilcourage eines belarussischen Christen des 20. Jahrhunderts

(Andrej Ljubij, Minsk) Die Belarussen sahen sich im 20. Jahrhundert einer Welle der Gewalt ausgeliefert. Auf den Zarismus folgte der Bolschewismus, der Bolschewismus wurde zeitweise durch polnische und deutsche Militärherrschaft ersetzt. Diese Erfahrung der Belarussen hat besondere Formen des „gewaltlosen“ Widerstandes hervorgerufen: Belarussen lernten, politische Agitation kritisch zu beäugen, einander gegenseitig zu unterstützen und anderen Menschen zu helfen, auch wenn sie anderer Herkunft oder anderen Glaubens waren.

Dies wird besonders deutlich bei einer Untersuchung des Lebens belarussischer Christen in der Mitte des 20. Jahrhunderts in Belarus. Die Kirche hatte drei Aufgaben: Ort der theologischen Forschung, Ort der sozialen Hilfe sowie Ort der Begegnung. Um Theologie und soziale Aktivitäten kümmerten sich Ende des 20. Jahrhunderts ausschließlich Geistliche; lediglich im dritten Bereich trafen einfache Gläubige aufeinander oder es fanden Treffen mit Andersgläubigen statt. War der Pfarrer charismatisch, konnte er einen hohen Einfluss auf seine Gemeinde entwickeln. War er jedoch zu passiv, konnte der schnell um sich greifende Atheismus auch seine Gemeinde erfassen.

Die kommunistischen Revolutionen des ersten Drittels des 20. Jahrhunderts (1905-1907, die Februar- und die Oktoberrevolution 1917) setzten einen starken anti-religiösen Impuls in Bewegung, der alle Hemmungen hinwegfegte. Nachdem die Kommunisten den Zarismus zerstört hatten, wandten sie sich der Kirche zu. In den 20er-Jahren setzte die sowjetische Staatsmacht das Eparchie- und Gemeindesystems in Belarus völlig außer Kraft. Die ersten Opfer waren die Hierarchen.

Ein Märtyrerbeispiel ist der Mitropolit von Minsk Pajevskij. Seine Versuche, die Kirche zu erhalten, endeten mit seiner Verhaftung und mehreren Verfahren, bei denen an ihm ein Exempel statuiert werden sollte. Das Gericht in Minsk konnte jedoch im Jahre 1925 das Urteil, dass die Behörden forderten,

nicht fällen. Denn zum Gebäude des Gerichts kamen Hunderte von Minskern, um den Priester zu schützen. Obwohl die Anklage schwerwiegend war – ihm wurde zur Last gelegt, dass er verboten hatte, Kirchengegenstände an Hungernde abzugeben – konnten die Behörden aus Angst vor der Menge das Urteil nicht fällen. Die Menschen leisteten gewaltlosen Widerstand – ein gewaltsames Aufbegehren gegen die sowjetischen Milizen wäre auch sinnlos gewesen.

Aber die Menge lief nicht auseinander und wartete vor dem Gerichtssaal auf ihren Pfarrer. Am dritten Tag gab die Staatsmacht klein bei. Die Gläubigen sahen, wie Pajevskij als freier Mann aus dem Gerichtsgebäude schritt. Die Behörden hatten jedoch ihr Ziel, den Mitropolit zu beseitigen, nicht aufgegeben. Als er in Moskau auf dem Erzpriesterkonzil war, wurde er verhaftet und nach Krasnojarsk in Sibirien verbannt. Einige Jahre später kam er frei, jedoch ohne das Recht, in seine Heimat und in die Eparchie zurückzukehren.

Nachdem die Deutschen die Belarussische Sowjetrepublik 1941 erobert hatten, wurde die kirchliche Arbeit offiziell wieder aufgenommen. Allerdings versuchten die Nazis, die Kirche als Institution für ihre menschenverachtende Politik auszunutzen. Nach deutscher Vorstellung sollte die orthodoxe Kirche Juden denunzieren und ausliefern. Dagegen wehrte sich die Kirche heimlich und rettete tausende Juden vor dem Tod. Die Formen der Rettung waren unter-

schiedlich. Erwachsenen wurden Taufurkunden ausgegeben, was ihnen erlaubte, das jüdische Ghetto zu verlassen, für Kinder suchte man „christliche“ Eltern, die die Kinder als ihre eigenen ausgaben. Als nach 1943 die Deutschen ihren Druck auf die katholische Kirche erhöhten, unterstützten die orthodoxen Gemeinden ihre katholischen Glaubensbrüder, indem sie ihnen ihre Kirchen für Messen zur Verfügung stellten.

Nachdem die Rote Armee Belarus wiedererobert hatte, mussten viele Priester nach Westen fliehen. Fast der ganze Klerus, der 1941-1944 offiziell tätig gewesen war, wurde der Zusammenarbeit mit den Nazis beschuldigt. Trotz der Repressionen blieben die Gemeinden und lebten weiter. So versammelten sich die Gläubigen auch lange nach der Rückkehr des Stalinregimes sonntags und an kirchlichen Feiertagen in der zur Zeit der Besatzung geöffneten Eisenbahner-Kirche in Minsk. Als das Gebäude abgetragen worden war, trafen sich die Gemeindeglieder in Privatwohnungen.

Ein ganzes Jahrhundert lang leisteten belarussische Christen totalitären Regimen Widerstand. Der christliche Glaube war Quelle ihrer Kraft, aber auch moralische Voraussetzung für ihre Gewaltfreiheit. Gerade diese prinzipielle Ablehnung von Gewalt erlaubte es vielen Menschen, trotz der totalitären Maschine ihre menschliche Würde zu bewahren und ihr Gewissen rein von Schuld zu halten.

Wenn die Seele aus dem Körper herausgerissen wird

(Alina Kruschinskaja, Minsk)

Es ist eng und dunkel in der Minsker Bar. Die jungen Leute sitzen auf Stühlen, Bänken oder einfach auf dem Boden. In der Mitte der dicht gedrängten Körper tut sich ein Freiraum auf – hier steht eine kleine, dunkelhaarige Frau und blickt feierlich in die Runde. Ihre Augen leuchten, sie misst die Menge mit ihrem herausfordernden Blick und spricht mit klarer und durchdringender Stimme die ersten Worte des Stückes. Es ist warm in dem kleinen Raum, aber den Zuschauern läuft ein kalter Schauer den Rücken hinunter – so tief durchdringen sie Blick und Stimme von Jana Rusakewitsch, der Schauspielerin des „Freien Theaters“...

KEINE DROGEN IM STAAT

Die Schauspielerkarriere von Jana Rusakewitsch begann im wichtigsten staatlichen Theater in Belarus, dem Janka-Kupala-Theater. Aber obwohl sie der Bühne mehr als zehn Jahre ihres Lebens gewidmet hatte, bekam Jana kein einzige bedeutende Rolle. Da beschloss sie, diese Rolle selber für sich zu schreiben und verfasste ihr Stück „Nalu“. Es ist eine Geschichte aus

ihrem Leben, die Geschichte ihres Lebensgefährten, der an einer Überdosis Heroin starb. „Nalu“ geht unter die Haut. „Einmal“, erzählt Jana, „kam ein Mädchen zu mir und erzählte mir, sie könne nicht mehr weiter leben und werde Selbstmord begehen. Nachdem sie das Stück gesehen hatte, überlegte sie es sich...“ Der Künstlerrat des Janka-Kupala-Theaters nahm das Stück aus dem Repertoire – ungeachtet der positiven Reaktionen der Zuschauer. Angeblich gäbe es in Belarus kein Drogenproblem.

FREIES THEATER

Daraufhin entschloss sich Jana, dem altehrwürdigen Kupala-Theater den Rücken zu kehren und schloss sich dem „Freien Theater“ an. Heute kann man sich die Vorstellungen der praktisch im Untergrund tätigen Gruppe ohne Jana nicht mehr vorstellen. Ihre Stücke „4.48.Psychose“, „Wir. Selbstidentifikation“ und „Die Technik des Atmens im luftleeren Raum“ oder „Belliwood“ rufen bereits durch ihre Namen sehr unterschiedliche Reaktionen hervor. Es sind keinesfalls politische Stücke im eigentlichen Sinne. Aber

in einem System, wo fast alles mit einem Tabu belegt ist, was das moderne Leben in Belarus betrifft, werden Homosexualität, Gewalt und Religion zu brisanten politischen Themen. Das Freie Theater ist ein „Underground“-Projekt, wie es im Buche steht: Die Truppe führt ihre Stücke an Orten auf, die nicht nur ungewöhnlich, sondern zumeist auch unpraktisch für eine Theateraufführung sind: Bars und Privatwohnungen. Die Zuschauer erfahren von den Aufführungen auf den unmöglichsten Wegen, durch Mund-zu-Mund-Propaganda oder durch Zufall; die Schauspieler arbeiten nur auf der Basis ihrer persönlichen Initiative, ohne irgendeine Form von Entlohnung. Aber sowohl Schauspieler als auch Zuschauer lassen sich von ihrem gemeinsamen Abenteuer mitreißen. Denn das „Freie Theater“ ist einer der wenigen Orte, an denen sie sich mit ihrem Leben beschäftigen können – und nicht mit dem Leben, das ihnen von oben aufgezungen wird.

KUNST GEGEN ZENSUR

Das Theater ist unter kritischen Belarussen beliebt, weil es Tabus bricht, die der belarussische Staat besonders in der Kulturszene mit allen Mitteln aufrecht erhält. Dazu gehören Themen wie Sex, Drogen oder gleichgeschlechtliche Liebe. Es tut gut, dass es Menschen gibt, die mich motivieren, immer besser werden zu wollen. Jana Rusakewitsch inspiriert mich nicht nur als Schauspielerin, sondern auch durch ihr Leben. Ihr Mut – das ist der Mut einer Mutter, der Mut eines kreativen Menschen und auch der Mut einer Frau, die keine Angst hat, ihre Bisexualität offen auszusprechen. In Westeuropa wäre Janas Underground-Theater wohl nichts besonderes. Aber in





auszusprechen. Die Rolle half mir zumindest, meinen Platz in meiner Beziehung zu meiner Freundin zu finden.“

PROVOKATION HIER, MÄRCHEN DORT

Das sind nicht einfach nur Worte. Janas Leben provoziert – sie selber, die Gesellschaft, ihr Schicksal. Ihre Familie stammt aus Russland, aber Jana Rusakewitsch setzt sich in der belarussischen Gesellschaft für einen demokratischen Neuanfang ein. Sie lebt mit ihrer Freundin zusammen und zieht ihre kleine Tochter auf. Jana provoziert im Leben und auf der Bühne – wenn man die Bars und Privatwohnungen eine Bühne nennen kann. Hier erklingt ihre Stimme kräftig, ausdrucksstark und ehrlich. „Es ist wie eine Seele, die aus dem Körper herausgerissen ist“, erklärt Jana ihrer fünfjährigen Tochter Marta eine Rolle. Marta will in die Fußstapfen ihrer Mutter treten. Sie verkündet bereits selbstsicher, sie werde später selbst im „Freien Theater“ spielen – „und im Kupala-Theater sehe ich mir die Märchen an“.

Belarus sind nicht nur der Staat, sondern auch konservative Werte und eine nivellierte, „saubere“ Massenkultur so dominant, dass das „Freie Theater“ eine echte politische Provokation ist. So wird Janas natürliches Streben, sich als Individuum nicht unterzuordnen und sie selbst zu bleiben, zu einem Akt der Zivilcourage.

„4.48.PSYCHOSE“

Janas erstes Stück am „Freien Theater“ wurde die Interpretation des Stückes „4.48.Psychose“ der englischen Dramaturgin Sarah Caine. Jana fühlte sich in dem provokanten Stück über die Selbstfindung in der modernen Gesellschaft gleich zu Hause. „4.48.Psychose“ war mir sehr nahe, weil es das ausdrückte, was ich Angst hatte



Jugendliche im Hungerstreik

(Olja Che) In der belarussischen Kleinstadt Soligorsk entschlossen sich jugendliche Oppositionelle zu einem Hungerstreik, um auf die politischen Repressionen in Belarus aufmerksam zu machen. Ihre Forderungen wurden nicht erfüllt – aber die Öffentlichkeit hat sie wahrgenommen.

Wie wird man schlank? Das ist eines der wichtigsten Probleme unserer Zeit. Zeitschriften, Zeitungen, Fernsehsender, Internetseiten empfehlen Diäten, Sportunterricht, Trennkost... Hungern für eine schöne Figur ist en vogue. Hungern für die Freiheit weniger.

HUNGERN, UM ZU KÄMPFEN

Hungerstreik ist eine Kampfmethode, das letzte Mittel, wenn alles andere nicht mehr wirkt, wenn es keine andere Möglichkeit gibt, die Öffentlichkeit auf die eigenen Probleme aufmerksam zu machen. Es ist eine verzweifelte Tat in einer Wohlstandsgesellschaft, in der Lebensmittel im Überfluss angeboten werden – es aber an anderen, elementaren Dingen mangelt. Meistens treten Arbeiter in Hungerstreik, wenn sie ihren Lohn nicht rechtzeitig ausgezahlt bekommen. Aber Arbeiter sind erwachsene Menschen. Deshalb ist es etwas Außergewöhnliches, wenn Minderjährige diese Verantwortung für ihre Gesundheit übernehmen wollen und in Hungerstreik treten.

PLAKATE KLEBEN IST SINNLLOS...

Am 29. Mai 2006 traten die Aktivisten der verbotenen Jugendorganisation „Molody Front“ (Junge Front) in der belarussischen Kleinstadt Soligorsk in den Hungerstreik. Zehn junge Menschen, darunter drei Minderjährige. „Maksim Sementschik, mein Bruder Ilja und ich beschlossen am Abend des 27. Mai, einen Hungerstreik zu beginnen“, sagt der 15-jährige Iwan Schilo. Es habe zwei Varianten gegeben, die Menschen auf Menschenrechtsverlet-

zungen, Wahlfälschungen und die mangelnde Freiheit in Belarus aufmerksam zu machen: „Entweder Agitation oder Hungerstreik. Den ganzen Frühling lang haben wir Spruchbänder aufgehängt und Plakate geklebt - aber das hat die Bewohner von Soligorsk nicht wachgerüttelt. Eine andere Möglichkeit, die Menschen darüber zu informieren, dass man in Belarus junge Aktivisten aus politischen Gründen verfolgt, hatten wir nicht. Tausende von Flugblättern drucken konnten wir auch nicht.“

...HUNGERN NICHT?

„Ein Hungerstreik jedoch schlägt in einer Stadt wie Soligorsk mit ihren 100.000 Einwohnern wie eine Bombe ein“, erklärt Iwan. „Natürlich hätten wir auch etwas anderes machen können: eine ungewöhnliche Aktion, von der am nächsten Tag die ganze Stadt sprechen würde... Aber kann man etwa mit einer Aktion oder einem Flugblatt die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit in Belarus oder Europa auf sich ziehen? Wahrscheinlich nicht. Deshalb traten wir in den Hungerstreik.“

JUGENDLICHE STELLEN FORDERUNGEN

Nach Beginn des Streiks überreichten die jungen Leute folgende Forderungen an die Staatsanwaltschaft und das Komitee für Staatssicherheit, an das Exekutivkomitee des Stadtrates und an die Miliz: Beendigung der strafrechtlichen Verfolgung der Aktivisten der „Molody Front“, Freilassung der Aktivisten der Organisation, die Haftstrafen in Kolonien absitzen, Wiedereinschulung des Aktivistens Maksim Sementschik aus

Soligorsk, der aus politischen Gründen aus der Fachoberschule exmatrikuliert wurde. Später, als sich noch Grodno, Schodino, Lida, Minsk, Mogilew, Neswitsch, die beiden ukrainischen Städte Kiew und Lutzk sowie Mitglieder anderer Parteien und Organisationen anschlossen und mehr als 40 Menschen hungerten, weiteten die Streikenden ihre Forderungen aus: Sie verlangten, dass alle belarussischen politischen Häftlinge freigelassen würden. „Klar, dass die meisten Forderungen in einem Staat wie Belarus unerfüllbar sind“, sagt Iwan. „Nur die Wiedereinschulung von Maksim Sementschik, eine lokale Soligorsker Frage, schien mir realistisch zu sein. Aber ich persönlich wollte damals, dass die oppositionelle demokratische Koalition etwas für die politischen Häftlinge tut, dass auf die ewigen Diskussionen endlich Taten folgen. Wir wollten, dass die führenden Demokraten auf die Freilassung dieser Menschen hinarbeiten, ihre Familien unterstützen und eine große Informationsaktion starten. Leider taten sie dies auch einem Monat nach Beginn des Hungerstreiks nicht.“

KEIN ERFOLG?

Keine einzige der Forderungen wurde erfüllt. Zehn Tage nach dem Beginn des Hungerstreiks beendeten die Jugendlichen in Soligorsk die Protestaktion. Die Entscheidung wurde nach dem Treffen mit dem Führer der vereinten demokratischen Kräfte von Belarus, Alexander Milinkewitsch, getroffen. Die Teilnehmer in anderen Städten beendeten die Aktion etwas später. Ich fragte Iwan nach seiner Einschätzung.



Aufschrift des Transparentes: „Hungerstreik“

Schließlich waren die Forderungen nicht erfüllt worden. Hatte es sich dennoch gelohnt, so viel zu riskieren? Denn Iwan und seine Freunde kannten die möglichen Folgen: gesundheitliche Schäden, Verhaftung, Verhöre.

ES HAT SICH GELOHNT!

„Es hat sich gelohnt“, sagt Iwan überzeugt. „Viele unpolitische Einwohner unseres Landes erfahren von dem Hungerstreik und von den Forderungen. Manche Menschen haben zum ersten Mal von den politischen Verfolgungen gehört, dank der Berichterstattung in den belarussischen nichtstaatlichen Medien und einer Reihe europäischer Medien. Die Frage wurde auf hohem europäischen Niveau aufgeworfen. Verhaftung, Verhöre? Davor hatte ich keine Angst. Dieser Gefahr setzen sich alle aus,

die in Belarus politisch aktiv sind. Wir haben uns schon lange daran gewöhnt. Ich selber wurde schon über 20mal festgenommen. Meine Eltern waren auch nicht gegen den Streik. Selbst dieser radikale Schritt überraschte sie nicht. Das einzige, was sie sagten, war: ‚Es wäre besser, wenn an eurer Stelle die politischen Führer der Opposition hungern würden. Die reden nur, handeln aber nicht!‘“

SOLIDARITÄT VON AKTIVISTEN UND BÜRGERN

Viele Menschen – sowohl demokratische Aktivisten als auch einfache Stadteinwohner – unterstützten die Streikenden moralisch. Mit Worten, Liedern, Hupen, manchmal auch mit Gedichten. Viele haben die Streikenden besucht. Und all das trotz der Kamera, mit der KGB-Mitarbeiter den Balkon der

Wohnung, wo der Hungerstreik stattfand, ständig filmten.

Einige werden sagen, dass sie Kinder sind und nicht wissen, was sie tun. Aber sie haben Mut und Entschlossenheit bewiesen, denn sie haben sich für ihre Ziele eingesetzt und dabei ihr Leben und ihre Gesundheit aufs Spiel gesetzt. Dafür braucht es Zivilcourage, Glauben und Standhaftigkeit. Iwan und seine Freunde sind die moralischen Sieger dieses Kampfes gegen eine Staatsmacht, die sie totschweigt und ihre Kameraden bei Demonstrationen festnimmt und wegsperret. Sie zeigten, dass ihnen Unrecht getan wird, ohne Gewalt anzuwenden, trotz des Gefühls der Hilflosigkeit. Dazu gehört viel Kraft. So viel Kraft, wie man sie einem 15-jährigen gar nicht zutrauen würde.

Internet-Umfrage: Was ist Zivilcourage?

(Marija Martysewitsch) Wenn man einen Menschen in einer belarussischen Stadt auf der Straße fragt, was „Zivilcourage“ ist, bekommt man nicht selten absurde Antworten geboten, von „Soldatischer Mut“ bis „Wählen gehen“. Ich beschloss zu prüfen, wie es auf den „Internetstraßen“ bestellt ist, auf denen sich laut Statistik die fortschrittlichsten Belarussen tummeln. Ich stellte den Fragebogen ohne zusätzliche Informationen ins Netz, denn mich interessierte in erster Linie, wie die Menschen auf die russische Übersetzung des Begriffes („Bürgerlicher Mut“) reagieren würden.

1. Ruft der Begriff „Zivilcourage“ bei Ihnen eher positive oder negative Assoziationen hervor?

Unter den zehn Befragten assoziierte nur einer den Begriff „Zivilcourage“ mit etwas Negativem. Einer der Internet-Surfer, Bewohner der belarussischen Provinzstadt Gomel, meinte außerdem: „positive Assoziationen und Neid“.

2. Was verbinden Sie genau mit dem Begriff „Zivilcourage“?

Die Antworten auf diese Frage waren sehr ähnlich und zeigten, welche Courage die jungen Menschen bisher in Belarus zeigen mussten. Für einen bedeutete es, „furchtlos von den eigenen Ansichten zu sprechen (und sie in die Tat umzusetzen) in einer Situation, in der man in der Minderheit ist, unfrei ist oder sich zumindest einem Risiko aussetzt“. Ein anderer Befragter meinte, es ginge darum, der Gesellschaft als solcher Widerstand zu leisten: „Denn die Gesellschaft ist amorph: Damit sie sich vorwärts bewegen kann, muss man sich ihr widersetzen. Und dazu braucht man Mut.“ Einer der Befragten nannte als Beispiel das Verhalten der regimekritischen Demonstranten nach den Präsidentschaftswahlen am 19. März: „Zivilcourage ist, das ganze Leben lang für den eigenen sozialen Wohlstand zu arbeiten, und dann plötzlich alles zu vergessen und dem Tode ins Auge zu sehen. Und auf alles zu pfeifen: Arbeit, Status, Lohn, Auto, beste Freunde, Mädchen und Diamanten.“

Traurig, aber bezeichnend: Die Befragten glauben, dass man Zivilcourage vor allem gegenüber dem Staat zeigen muss. Einige Befragte sprechen von ihren Idealen mit bitterer Ironie: „Zivilcourage ist die Bereitschaft, gegen das System und gegen die von ihm festgesetzten Regeln zu handeln, im Namen einiger ‚Dummheiten‘ wie etwa Freiheit.“

3. Wann und wo braucht man in unserem Land Zivilcourage?

Zwei repräsentative Antworten:

„In unserem Lande braucht man Zivilcourage jeden Tag: Wenn man seine Meinung äußert, obwohl sich das Gesicht der Lehrerin runzelt, und wenn man auf der Arbeit seine politische Meinung nicht mehr laut sagen darf.“

„Beim Tragen der Anstecker ‚Für die Freiheit‘ (die von der Opposition verteilt werden). Man braucht Zivilcourage, um auf eine Demo zu gehen. Zivilcourage braucht man, wenn man eine verantwortungsvolle Entscheidung treffen muss, an Wendepunkten, damit man ein gutes Gewissen hat... Die Frage lautet nicht, in welchen Situationen man sie braucht, sondern WIE MUTIG MAN SEIN MUSS...“

4. Glauben Sie, dass der Begriff „Zivilcourage“ in der ganzen Welt die gleiche Bedeutung hat?

Diese Frage verneinten alle Befragten. Hier einige Kommentare:

„Die Mehrzahl der zivilisierten Länder braucht den Begriff und seine Bedeutung gar nicht.“

(Ein Belaruse, in Moskau aufgewachsen): „In Russland verstehen viele unter ‚Zivilcourage‘ etwas wie ‚Verteidigung des Vaterlands‘, verstehen sie also völlig anders, als ich.“

5. Können Sie sich vorstellen, dass sie zivilcouragiert handeln, unabhängig von dem persönlichen Risiko?

Man hatte den Eindruck, als hätten die Teilnehmer gegen Ende der Umfrage angefangen, über das Problem ernsthaft nachzudenken. Neun von zehn Befragten antworteten: „Ich kann mir das vorstellen.“ Einer der Befragten meinte ironisch: „Vorstellen kann ich mir das schon. Aber mehr kann ich nicht versprechen.“

Nach der Umfrage habe ich den Befragten Links mit Materialien über Zivilcourage geschickt. Zehn Befragte sind nicht viel – aber bei einer qualitativen Untersuchungsmethode reicht dies aus, um zu erkennen, dass „Zivilcourage“ für junge Belarussen in erster Linie Widerstand gegen das politische System bedeutet. Den oft ironischen und pessimistischen Antworten nach halten die jungen Befragten diesen Widerstand in ihrem Land allerdings nicht für erfolgversprechend. Auch wenn sie ihn gut heißen, unterstützen oder selber politisch aktiv sind.

Inhalts- und Quellenverzeichnis

- 3** „Wer einen rettet, der rettet die ganze Welt“
www.ost-arbeiter.de
- 5** Leben in der Schattenwelt
www.picum.de
www.fluechtlingsrat-nrw.de
- 7** „Ja, wir müssen die Welt verändern“
www.die-wolke.com
- 9** Dorfpastor erteilt NS-Staat Absage
- 13** Mit kleinen Schritten die Welt verändern
www.amnesty.org
amnesty-caukiel@gmx.de
- 15** Fußball, Prostitution und Ausbeutung
www.solwodi.de
www.gegenfrauenhandel.de
www.praxis-umweltbildung.de
www.weltlaeden.de
www.gepa.de
www.transfair.org
- 16** Erinnerung unerwünscht
www.wikipedia.org
- 19** „Tapferkeit des Herzens“ und „Seelenstärke“
- 26** Brot für Maria
- 27** Panzer T-34: Schweigen ist nicht Gold
www.bsa.org.by
- 29** Kurapaty: Erinnerungskultur in Belarus braucht Zivilcourage
www.martyraloh.org
- 32** Women in Black
- 33** Frauen gegen Traktoren
- 34** Zivilcourage eines belarussischen Christen des 20. Jahrhunderts
- 35** Wenn die Seele aus dem Körper herausgerissen wird
- 37** Jugendliche im Hungerstreik
www.mfront.net
- 39** Internet-Umfrage: Was ist Zivilcourage?

Impressum

**Zivilcourage –
Menschenrechte in
Deutschland und Belarus**

*BSV-Hintergrund- und
Diskussionspapier Nr. 23*

*Redaktion: Martin Schön und
Sergej Laboda
Layout: Kai-Uwe Dosch*

*Kontakt:
Bund für Soziale Verteidigung
Schwarzer Weg 8
32423 Minden
0571 29456*

*info@soziale-verteidigung.de
www.soziale-verteidigung.de*